

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



AB 28. MÄRZ FESTTAGE FÜR IV JAHRE DEMOKRATIEBEWEGUNG |
Sa. 30. März 15:30 Rosa-Luxemburg-Platz: Unser Marsch durch Berlin!

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 166, Samstag, 16. März 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz - IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

PAPST ERKLÄRT KRIEGSNIEDERLAGE



»Wenn man sieht, dass man besiegt ist, dass es nicht gut läuft, muss man den Mut haben, zu verhandeln. Verhandlungen sind niemals eine Kapitulation. (...) Ich denke, dass derjenige stärker ist, der die Situation erkennt, der an das Volk denkt, der den Mut der weißen Flagge hat, zu verhandeln«, so Papst Franziskus, Oberhaupt der katholischen Weltkirche am vergangenen Wochenende in Richtung Nato.

Franziskus, der im Jahr 2021 mit seiner Aussage, Impfen mit Coronatodespritzen sei ein Akt der Liebe, in Verdacht geraten war, entweder wahnsinnig geworden zu sein, hohe Bestechungszahlungen angenommen zu haben oder Übles zu wollen, ringt sich nun anscheinend frei.

Der militärisch-industrielle Komplex der Nato in Deutschland reagierte empört bis fassungslos. FDP-Kriegs-Oma Agnes Strack-Zimmermann faselte vom Teufel, der Hölle und von Piraten. Bundesaußenminister Annalena Bärbock (Bündnisgrüne) will den Papst gar an die Ostfront schicken.

© Weiterlesen Seiten 4 und 10 bis 13

Titelgestaltung: DW/Feuerstacke

3 SIEG DER WAHRHEIT
Interview mit Corona-Aufklärer
Dr. med. Ronald Weigl
zu den Folgen der Injektionen

4 KRIEGSTREIBER
Ulli Mies zur Rekrutierung
für WK III in Politik,
Medien und Schulen

11 PISTORIUS
Chronik einer abgehörten
Angriffskriegsplanung
durch BRD-Generäle

14 LÜGENPRESSE
Über die Wirkung der
Propaganda von
Wolfgang Bittner

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW166

- Papst erklärt Kriegsniederlage, Seite 1
- Arne Schmitt wird Preisträger, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: Einwurf gegen den Transhumanismus, Seite 2
- Interview mit Arzt Dr. Ronald Weigl über den Stand der Aufklärung, Seite 3
- Ullrich Mies: Kriegskaste auf dem Vormarsch, Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seiten 4, 5
- Prof. Martin Schwab: Die wilden Träume der Eva Quadbeck, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- IV Jahre Widerstand, Seite 6
- Strafanzeige wegen Volksverhetzung eingestellt, Seite 7
- Angriff auf die Pressefreiheit, Seite 7
- Nach »Demo gegen rechts«: Interview mit Dr. Milstrey, Seite 8
- DW-Verteiler werden, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbrief, Online-Hinweise, Seite 8
- Unternehmer Hägermann: »Es wird viel schlimmer werden als 2008«, Seite 9
- Milliarden für einen sinnlosen Krieg, Seite 10
- Motor Mittelstand: In vielen Bereichen mangelhaft, Seite 10
- Chronik einer abgehörten Angriffskriegsplanung, Seite 11
- Vier Jahre neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung, Seiten 12, 13
- Das Letzte - von Anselm Lenz, Seite 13
- Wolfgang Bittner: Über die Wirkung von Propaganda, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Prof. Michael Meyen: 80 Seiten »Cancel Culture«, Seite 15
- Christen im Widerstand: Falsches Zeugnis, Seite 15
- Sport mit Berthold: Sport ist der friedlichste Krieg, Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 166. Ausgabe ab Samstag, 16. März 2024. | Redaktionsschluss war am 14. März. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stfv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (Ltg.), Ilija Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoreport:** Georgij Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektur:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, UST-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S *M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinngemäß geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64



Während im Bundes-tag Ausgangssperren für alle Menschen in Deutschland beschlossen werden, wird auf einer Straße um die Ecke ein Konzertflügel verhaftet. Es ist das Instrument des widerständigen Demokraten und Musikers Arne Schmitt. Dieser setzt sich unermüdet für Rechtsstaat, Mitmenschlichkeit und Frieden ein.

»Mein Leben ist eine Reise, die Musik meine Leidenschaft«, heißt es auf seiner Internetseite arne-schmitt.com treffend, denn Arne Schmitt ist seit dem Beginn des Notstands- und Kriegsregimes überall in Deutschland unterwegs. Zunächst als Musiker, der es in der aufgehetzten Stimmung des Lockdowns schafft, die Versammlungen zum Tanzen zu bringen und aufgehetzte Uniformierte besänftigt, keine alten Frauen zusammen zu schlagen ... Paradoxerweise wird ihm bei der Demonstration gegen die Bundesnotbremse am 21. April 2021 ausgerechnet sein zivilisierendes Musikinstrument vorgeworfen. Er habe sein »Klavier als Waffe« gegen die Polizei gewendet, lautete die Anklage gegen ihn.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN ARNE SCHMITT. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND GEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jepsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Raff Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hitz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dalli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dineki, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye,



Jahrelang muss sein Flügel in einer obrigkeitstaatlichen Beweismittelkammer verstauben. Die Verteidigung vor Gericht für sich und sein Pianoforte führt er selber, obwohl er kein Anwalt ist. Und das mit Erfolg.

Damit gibt er Menschen deutschlandweit Mut, für sich selber einzutreten. Recht ist keine Frage des Geldbeutels. Arne Schmitt hilft aber nicht nur sich, sondern auch unzähligen weiteren Demokraten, die vor Gericht gezerrt werden. Zum einen reist er seit Jahren durchs Land, um vor Ort bei den Verhandlungen den angeklagten Demokratiehelden die breite Unterstützung aus der Bevölkerung vor Augen zu führen. Zum anderen berichtet er von den Prozessen und stellt so eine ausgewogenere Öffentlichkeit her. Sein juristisches Wissen ist mittlerweile so groß, dass er sogar zum juristischen Beistand berufen wird, um bei der Verteidigung zu helfen. Und das mit Erfolg.

Arne Schmitt hat Talent in vielen Dingen und dazu noch Mut, Ausdauer sowie Rückgrat, sich gegen das herrschende Unrechtsregime einzusetzen. Dafür gebührt ihm Dank, Anerkennung und der Preis der Republik.

Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähhling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Rina Makaj, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöffbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Rahn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharov, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blandin, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weigl, Ralf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekanntem Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunk, Milena Preradovic, Jürgen Elsäßer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Wesesky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »tracken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

Das Wesen der Menschen

Ein kurzer EINWURF gegen den Transhumanismus | Von Werner Köhne

Wer den Menschen in seinem tiefsten Wesen erkennen will, mithin seine Fragilität und Endlichkeit, sollte sich auf eines seiner Augen konzentrieren, am besten in der Perspektive einer handlichen Digitalkamera, die heute schon für interessierte Laien, umso mehr für einen Kameraprofi, ohne großen finanziellen Aufwand zu erwerben ist.

Glücklicherweise kommt das handliche Aufnahmegerät dem Auge sehr nahe und kann so auch seinen Fokus auf das besagte Sehorgan richten. So späht der Kameramann und später der Zuschauer unmittelbar in ein durchfurchtes, netzförmiges leicht feuchtes Haut-Tal direkt unterhalb des Auges liegend – und schon erhebt sich der Augapfel, leicht verdeckt vom Augenlid, in einer erschütternden Größe, die noch an kreatürlicher Wucht gewinnt, weil nun im beobachteten Auge eine flackernde Unruhe aufkommt, absehbar an der zuckenden Pupille und dem Licht-Schattenspiel, das diese freisetzt ...

Die Folge, die dem Sehen nicht zugänglich ist und demgemäß wissenschaftlich weitergeführt werden sollte: Das einfallende Licht wird durch die durchsichtige Hornhaut geleitet, die die Lichtstreuung minimiert. Durch die Pupille treffen die elektromagnetischen Wellen dann auf die flexible Linse und auf die Netzhaut mit ihren sechs verschiedenen Nervenzellen. Nach einer Verarbeitung und Neuausrichtung durch die Neuronen verlassen die elektrischen Signale das Auge über den Sehnerv. Von dort gelangen sie in den Thalamus. Von dort weiter über die Sehbahn zum primären visuellen Cortex, dem Zwischenhirn.

Aber diese eher inneren Vorgänge ficht im »Augenblick« alle Beteiligten nicht weiter an, da sie nur das Offensichtliche wahrnehmen, das dem Verborgenen kaum gerecht wird. Zumal nun der die Kamera Führende allmählich ermüdet, verursacht durch die ungünstige Stellung, die er bei der Aufnahme einnimmt; er reißt schließlich gereizt die Kamera, haarscharf vom Auge weg, herum – und es ist genau dieser Augenblick, wo das Auge, das er im Fokus hatte, zum Augentier wird, wo durch die ruckartige Bewegung der Kamera eine kaum zu beschreibende Verletzlichkeit sichtbar wird, sich im Auge des Betrachters, ein Wesen offenbart, vor dem sich alles Denken, Urteilen und Handeln verneigen sollte.

Leicht veränderte Fassung eines Textes aus meinem Essayband *Minima Mortalia*, erschienen 2020.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

DIE NOTWENDIGE ÖFFENTLICHKEIT

Interview mit dem Arzt Dr. Ronald Weigl über den Stand der Aufklärung
Von Hendrik Sodenkamp

DW: Sehr geehrter Herr Dr. Weigl, könnten Sie sich und die MWGFD einmal vorstellen?

Ronald Weigl: Ich bin in Passau niedergelassener Frauenarzt mit dem Schwerpunkt Naturheilverfahren. Schon im Februar und März 2020 habe ich meine angesichts der neuartigen Lungenerkrankung besorgten Patientinnen beruhigt und Informationen an die Hand gegeben. Dies auch deshalb, weil für mich die Parallelen zur sogenannten Schweinegrippe-Pandemie in den Jahren 2009, 2010 offensichtlich waren. Im Mai 2020 habe ich zusammen mit Prof. Sucharit Bhakdi und einigen anderen den Verein MWGFD, die Gesellschaft der Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V. gegründet, deren stellvertretender Vorsitzender ich seither bin. Wir haben die völlig überzogenen, sogenannten Corona-Eindämmungsmaßnahmen mit wissenschaftlich-evidenzbasierter Argumentation kritisiert. Und wir haben natürlich von Beginn an vor der schnell ins Feld geführten sogenannten Covid-Impfung gewarnt. Die MWGFD ist in diesen vier Jahren zu einem großen Verein herangewachsen mit mehr als 18.000 Unterstützermittgliedern. Wir beschäftigen mehrere Mitarbeiter und versuchen weiterhin über unsere Webseite und mehrere Medienkanäle Aufklärungsarbeit zu leisten.

DW: Am Samstag, den 16. März 2025 veranstalten Sie ein Pressesymposium in Niederbayern. Um was geht es dabei?

R.W.: Mit dem Presse-Symposium unter dem Titel »Geimpft, geschädigt, geleugnet ... und nun?« möchten wir auf die enorme Zahl der Impfschäden und die erschütternden Schicksale der Impfgeschädigten aufmerksam machen. Wir möchten den Betroffenen ein Gesicht und die notwendige Öffentlichkeit geben. Und wir möchten auch die Schädigungsmechanismen der genbasierten, sogenannten Impfstoffe nochmal genau aufzeigen und dabei auch auf die Diagnostik von Impfschäden und natürlich auch auf die Behandlungsmöglichkeiten eingehen.

DW: Wer wird sprechen?

R.W.: Es kommen zahlreiche Impfgeschädigte selbst zu Wort, die über ihre dramatischen Erfahrungen berichten werden. Den wissenschaftlich-fachlichen Teil der Vorträge übernehmen meine MWGFD-Kollegen Dr. med. habil. Michael Palmer, Facharzt für Medizinische Mikrobiologie und ehemaliger Professor für Biochemie, der Molekularbiologe Prof. Klaus Steger, der für die MWGFD unentgeltlich arbeitende Sozialpädagoge Johannes Clasen, der den persönlichen Kontakt zu vielen bei uns hilfesuchenden Impfgeschädigten aufgenommen hat und auch Ideengeber des gleichnamigen Film- und Buchprojektes ist, sowie die beiden in der Therapie von Impfschäden erfahrenen Mediziner Ralf Tillenburg, Facharzt für Allgemeinmedizin und Kristina Wolff, Heilpraktikerin.

DW: In diesen Tagen jährt sich der vierte Jahrestag der Proklamation der Coronapandemie. Dies geht einher mit Schuldeingeständnissen von verantwortlichen Politikern. Wie sehen Sie, als aufklärerischer Arzt der ersten Stunde und als Arzt, der mit zahllosen Impfpfern zu tun hat, die getroffenen Aussagen?

R.W.: Noch kann ich leider keine ernstzunehmenden Schuldeingeständnisse erkennen. Zu sehen auch an der traurigen Tatsache, dass nach wie vor von Regierungsseite die Zahl der Impfschäden enorm heruntergespielt wird und die Thematik auch in den von der Staatspolitik gelenkten Medien so gut wie keine Beachtung erfährt. Der Impfschaden, das sogenannte Post-Vac-Syndrom, wird weiterhin im großen Stil als Long- oder Post-Covid umetikettiert. Und das geht relativ leicht, weil ja die meisten Geimpften, aufgrund ihres durch die Impfung geschädigten Immunsystems, immer wieder an Covid erkranken und dabei häufig wesentlich längere und schwerere Verläufe erleben müssen als Ungeimpfte. Diese bewusste Täuschung dient auch dazu, im Nachhinein eine Rechtfertigung für die Coronapolitik und die völlig überzogenen

sogenannten Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen, allen voran die Impfung, zu liefern.

DW: Mit dem Jahrestag kommt auch die Forderung nach einer Aufarbeitung der Pandemie. In den großen Medien allerdings unter dem Zeichen: »Die nächste Pandemie kommt«. Was wären Ihrer Ansicht nach die nächsten wichtigen Schritte für eine echte Aufarbeitung dieser Jahre?

R.W.: Die Coronapolitik und insbesondere die genbasierten Impfstoffe haben einen enormen gesundheitlichen und auch gesellschaftlichen Schaden angerichtet. Echte Aufarbeitung ist mehr als überfällig, zumal die Schuldigen ja offenkundig sind. Alle Verantwortlichen, insbesondere aus den Reihen der Politik sowie der Entscheidungsträger im Robert Koch- und Paul Ehrlich-Institut müssen zur Rechenschaft gezogen werden, ebenso die Medien, die die Angst- und Panik geschürt und die massive Fehlinformationen mitzuverantworten haben.

Und natürlich müssen sowohl die Impfstoffhersteller als auch die impfenden Ärzte, die mit der Impfung einen riesigen Reibach gemacht haben, juristisch in die Mangel genommen und zur Kasse gebeten werden, auch um die Impfpfoper zu entschädigen. Damit diese Aufarbeitung endlich angegangen wird, muss wohl der Druck von Seiten der Gesellschaft weiter aufgebaut werden. Jeder einzelne Mitbürger dem seine Gesundheit und seine Freiheitsrechte etwas bedeuten, muss diese Aufarbeitung mit allen gewaltfreien Mitteln einfordern.

DW: Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

Auf www.mwgfd.org ist der Ärzte- und Wissenschaftlerverband im Internet zu erreichen. Auf der Seite sind auch Kontaktinformationen zu Ärzten, die Impfschäden behandeln, zu finden.



Arzt und Aufklärer Dr. Ronald Weigl streitet für die Spritzengeschädigten. Foto: Privat

MELDUNG

LAUTERBACH NICHT ZU STOPPEN

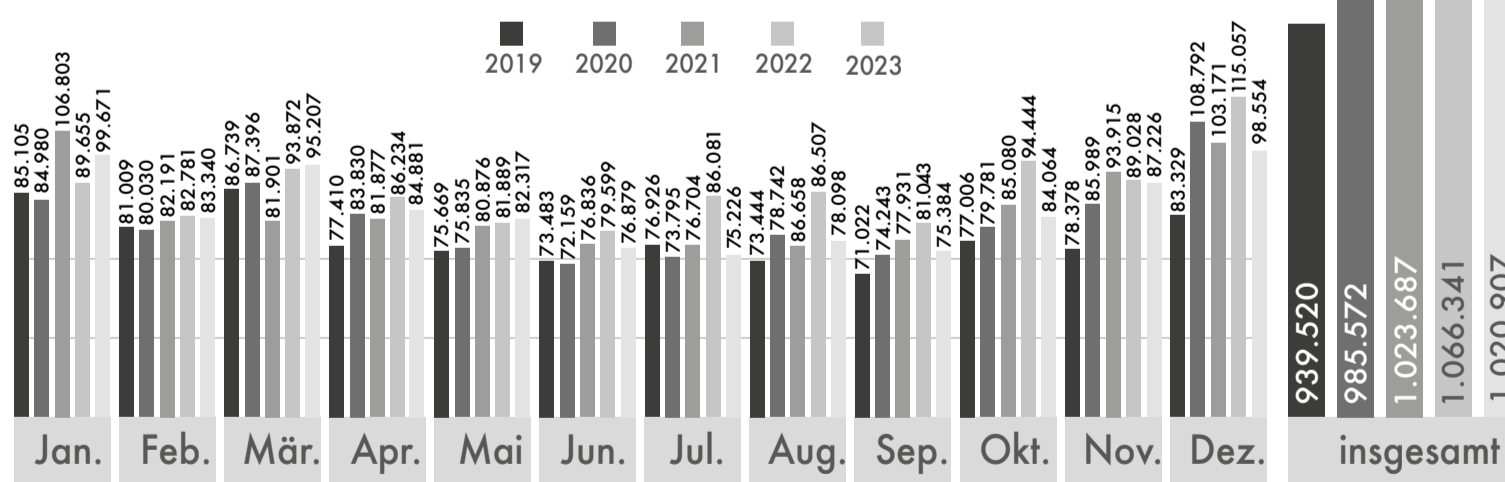
Berlin/DW. Sowohl bei den Corona-Spritzstoffen als auch beim gegen Corona eingesetzten Pfizer-Präparat Paxlovid war Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) während der Pandemie einem Kaufrausch verfallen. Weil der Bund noch über 430.000 Packungen im Wert von 280 Millionen Euro verfügt, deren Haltbarkeit längst abgelaufen ist, plant Lauterbach, diese nach September 2022 und Februar 2023 ein drittes Mal zu verlängern. Die Welt berichtet nun allerdings von einem Brief, in dem Sabine Gilliam, Deutschland-Chefin des Pharmakonzerns, ihre »Besorgnis über das Vorgehen des Ministeriums« zum Ausdruck bringt. Es gebe keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die eine derartige Verlängerung unterstützen würden. Zudem befürchtet Pfizer durch dieses Vorgehen einen Vertrauensverlust der Patienten. Derweil wurde bekannt, dass Lauterbach plant, die Ständige Impfkommission (Stiko) ausschließlich mit Pharma-Lobbyisten zu besetzen. (kmü)

LUNGENARZT SIEHT KATASTROPHALE FEHLEINSCHÄTZUNG BEI »IMPFUNGEN«

Moers/DW. Dr. Thomas Voshaar, Lungenarzt aus NRW, der mit seinem Moerser Modell zum Corona-Experten wurde, spricht in einem Interview mit dem Westfälischen Anzeiger von Fehlern während der sogenannten Pandemie. Insbesondere »Angst, Lobbyismus, Ideologie, Vorteilsnahme, Lagerbildung und tendenziöse Beratung« hätten zu »Fehlern und Versäumnissen« geführt. »Und ein wirklich katastrophaler Fehler mit vielen Folgen war es, zu glauben, dass die Impfung die Übertragbarkeit beeinflusst. Wir wussten, dass dem bei Atemwegsviren nicht so ist«, erklärte der Arzt, der sich mittlerweile im Ruhestand befindet. (kmü)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Kriegskaste auf dem Vormarsch

Erst wurde während Corona die Demokratie abgewickelt, jetzt sehnt man Bomben herbei | Ein KOMMENTAR von Ullrich Mies

B lind vor Hass und schäufend vor Wut, bar jeden klaren Gedankens reitet das ideologisch gleichgeschaltete Parteienkartell Deutschland und Europa in den Abgrund.

Das Einzige, was den Parteioligarchien nach all ihren Verbrechen, auch im Rahmen des Corona-Regimes, noch verbleibt, um politisch nicht unterzugehen, ist die maximale Ablenkung der Deutschen und deren propagandistische Vorbereitung auf den heißen Krieg gegen Russland. Dass die Demokratie während des Corona-Ausnahmestandes final abgewickelt wurde, ist für kritische Zeitgenossen längst Alltagsbewusstsein. Jetzt sehnen die transatlantischen Vollpfosten den offenen Krieg herbei.

BRD-OFFIZIERE BEREITEN ANGRIFFSKRIEG VOR

Nüchterne Analyse und Diplomatie gehören der Vergangenheit an. Die Kriegspropaganda-Lautsprecher der regierungsamtlichen *Mainstream*-Presse, der TV- und Radio-»Volksempfänger« sind auf dröhnende Lautstärke gestellt. Wer in das Kriegsgeschrei nicht einstimmt, sei Putin-Versteher, nicht von dieser Welt, was auch immer. Wir erinnern uns: Wer dem Spritzenregime der Corona-Massenmörder entgehen wollte, war Schwurbler, Coronaleugner, wurde mit Dreck beworfen, zum Gesundheitsrisiko der Allgemeinheit erklärt, medial hingerichtet oder existenziell ruiniert. Der biopolitische Sicherheitsstaat (die Hygienesdiktatur) zeigte schon einmal seine faschistische Fratze.



Im Auftrag angloamerikanischer Kriegführung auf dem Kontinent: Hauptmann Jos Meinköhn wirbt am Lise-Meitner-Gymnasium in Geldern um Rekruten, berichtet von seinem Betriebswirtschaftsstudium bei der Bundeswehr und Nato-Einsatz in Litauen. Meinköhn zufolge sei »die Präsentation seines Werdegangs keine Werbung« für den Krieg in Europa, so Tagesschau.de am 10. März. Am rechten Bildrand sitzt ein Soldat mit Nato-Logo auf der Schulter zwischen den Kindern. Auf dem Bildschirm sind die Marken Nato, UN und EU nebeneinander zu sehen. Die Bildungsgewerkschaft GEW fordert für Friedensinitiativen die gleichen Möglichkeiten an Schulen. Foto: DW-Bildschirmfoto/tagesschau.de

Wie viele sie ermordeten oder zeitlebens gesundheitlich schädigten, lässt sich nicht genau sagen. Das kriminelle Syndikat steht nicht zu seiner Verantwortung, vertuscht das Menschheitsverbrechen und hat Billionenschäden angerichtet. Die Infrastruktur liegt brach, die Gesellschaft ist mental zerrüttet und gespalten, nun wird der Sozialstaat abgewickelt.

Christian Lindner (FDP) will die Sozialausgaben zugunsten der Rüstungsausgaben schleifen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung unter Daniel Günther (CDU) will Geld aus der Beamtenrücklagekasse (Versorgungsfonds) dazu nutzen, die »Haushaltslücken« zu »schließen«. Da

stellt sich die Frage: Wohin wurde die fehlende Milliarde geschoben? Die Prädatorenkaste (Raub- und Plünderkaste) stellt auf Kriegswirtschaft um, kann sich Sozial-schnickschnack nur noch für Exklusivgruppen wie Ukraine-Flüchtlinge als Teil ihres Propagandafeldzuges leisten.

Doch Corona war nur ein Vorspiel. Um all seine Fehlleistungen und Verbrechen der letzten 25 Jahre zu kaschieren, brüllen sich die demokratiefreien Herrschaftsquellen und ihre medialen Propaganda-Outlets um Sinn und Verstand. Jetzt heißt es aufrüsten, den Regime-Change in Russland nach Kräften betreiben, um die Aufdeckung der Verschwörung krimineller Hochverräter im

Militärapparat bei ihrem Taurus-Angriffsplanungs-gespräch in Sachen Krimbrücke zu rächen. Am Freitag vorvergangener Woche, nach Drucklegung von #DW165, wurde bekannt, dass vier hohe Bundeswehr-Generäle die Zerstörung der Brücke, die Festlandrussland mit der Krim-Halbinsel verbindet, mit Taurus-Marschflugkörpern, bedient von BRD-Soldaten, planen. Die Planung des Angriffskrieges wurde durch die Veröffentlichung der Telefonaufzeichnung durch russische Geheimdienstquellen bekannt. Den Abhör-Supergau nutzte die deutsche Medienmafia zur Täter-Opfer-Umkehr und schäumt jetzt umso mehr. Der Verstand ist nun komplett abgeschaltet.

Die staatschmarotzende, parteienübergreifende politische Herrschaftskaste lässt es sich derweil gutgehen wie der Adel im Feudalismus. Soeben hat sie sich die Diäten und Gehälter erhöht und noch mehr Beamte zur »Gefahrenabwehr« gegen Staatsdelegitimierer eingestellt. Für die Bevölkerung heißt es jedoch: Den Gürtel enger schnallen! Die Schwachköpfe, die das fordern, müssen hier nicht genannt werden. Sie trinken aus demselben abgestandenen Spucknapf der Geschichte wie diejenigen, die nach Rache dürsten und am liebsten sofort Moskau angreifen würden, um Putin eine Lektion zu erteilen. »Viel Spaß am eigenen Untergang«, kann man den Vollirren nur noch zurufen.



Ullrich Mies ist Politologe, Publizist, Autor und Journalist unter anderem für den DW.

Ist der Papst jetzt auch ein Nazi?

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, der Fernseher wettet weiter gegen die einzige Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. Wie die *Tagesschau* am 13. März berichtete, soll die AfD »über 100 Rechtsextreme« im Bundestag beschäftigen. Laut *Apollo-News* basiert diese BR-Recherche auf einem »phänomenalen Zirkelschluss«. Demnach sollen AfD-Mitarbeiter bereits als rechtsextrem gelten, nur »weil sie AfD-Mitglieder sind«. Praktisch, oder? Von den zahlreichen Linksextremen im Bundestag war im Staatsfunk einmal mehr keine Rede. Tja, unsere Zwangsgebühren bei der Arbeit. Was will man da anderes erwarten?



Was erlauben Papst Franziskus? Der Pontifex der Katholischen Kirche ruft die Ukraine zu Friedensverhandlungen mit Russland auf. Die Folge: Ein Sturm der Entrüstung. Das übliche Framing blieb jedoch (bislang) aus. Foto: Commons

Der umstrittene Kanzler unseres Landes ist dagegen immer für eine Überraschung gut. In einer Ansprache zum Ramadan verbreitete er, obwohl die Geschichte längst wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen ist, erneut die *Correctiv-Fakeneus* zum angeblichen »Deportationstreffen« in Potsdam und sprach über »rassistische Deportationspläne Rechtsextremer«. Scholz weiter: »Wir lassen uns als Land nicht spalten.« Sagt einer, der friedliche Demonstranten und Kriegsgegner vor wenigen Monaten noch als »gefallene Engel aus der Hölle« diffamierte,

in einem Land, in dem es längst zur Normalität geworden ist, von höchster Stelle Andersdenkende wie Ungespritzte, Klima-Märchen-Verweigerer, Kriegsgegner oder AfD-Wähler zu entmenschlichen. Um von

der eigenen desaströsen Politik abzulenken, wird jeder angegriffen, der nicht »auf Linie« ist. Die Panik bei den Mächtigen greift offenbar immer mehr um sich. Liegt möglicherweise auch an einer neuen interessanten Umfrage, nach der die AfD bei Homosexuellen die beliebteste Partei ist. Dies jedenfalls ergab eine Abstimmung des *Online*-Magazins *männer**, die anlässlich der Europawahl auf der *Dating*-Plattform *Romeo* durchgeführt wurde. Von rund 10.000 Teilnehmern wählten 22,3 Prozent die Weidel-Partei, CDU/CSU kamen auf 20,6 Prozent, die Bündnisgrünen auf 20,5 Prozent.

Jetzt geht es sogar dem Pontifex der Katholischen Kirche an den Kragen. Papst Franziskus war tatsächlich so dreist, in einem aufgezeichneten Interview für das Schweizer Fernsehen die Ukraine zu Friedensverhandlungen mit Russland aufzurufen. Die Ukraine solle den Mut haben, eine »weiße Fahne« zu hissen und ein Ende des Krieges mit Russland auszuhandeln. Die entrüsteten Reaktionen der deutschen Politelite ließen natürlich nicht lange auf sich warten. So erklärte Annalena Baerbock dazu in der *ARD-Talksendung Caren Miosga*: »Ich verstehe es nicht.« Wer hätte das gedacht? Die Forderung der Außenministerin: Der Papst solle sich an der Front selbst ein Bild

machen, bevor er von Verhandlungen spreche. Immerhin blieb es bei dem Unverständnis, als Nazi, Rechtsextremer oder Putin-Versteher wurde der Heilige Vater (noch) nicht diffamiert. Auch die erweiterte Presseabteilung der Regierung, etwa die *Bild*-Zeitung, hielt sich mit Diffamierungen zurück, schrieb »nur« von einer Blamage. So viel Zurückhaltung ist man bei derartigen Äußerungen gar nicht gewohnt. Gibt es zumindest dem Papst gegenüber vielleicht doch noch eine rote Linie?

Geäußert hat sich natürlich Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Als Katholikin schäme sie sich für Papst Franziskus. Das wird ihn sicher schlecht schlafen lassen. Ihre Partei, die FDP, inszeniert »StraZi« für die Europawahl auf einem Plakat nun übrigens als »Oma Courage«. Blöd nur: »Mutter Courage« ist eine Theaterfigur von Bertold Brecht, eine skrupellose Händlerin, die vom 30-jährigen Krieg profitiert und deshalb nicht will, dass er endet und für ihre Gier sogar den Tod ihrer Kinder in Kauf nimmt. Respekt, nur selten war ein Werbeslogan ehrlicher. Das nennt man wohl Selbstentlarvung. Noch kein *Statement* zum Papst gibt es von Robert Habeck. Gut,

➔ Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

der will nach Deutschland jetzt bekanntlich auch die USA retten: »Solve the fucking problems« (dt.: »Löst die verdammten Probleme«), forderte er am Freitag vor einer Woche während seiner USA-Reise bei einer Rede vor Studenten der Columbia-Universität in New York und kritisierte, dass die USA einen der höchsten CO₂-Ausstöße der Welt hätten. Ob sich Noch-Präsident »Sleepy Joe« schon erste Tipps bei Habeck geholt hat, ist unklar.

Apropos Blamage: Schon sind wir mal wieder bei den regierungstreuen »Promis« unseres Landes, die gerne mit peinlichen Gratismut-Aktionen auffallen – wie nun die Schauspieler Annette Frier und Dietmar Bär in einer Kampagne gegen »rechts« des *Kölner Stadtanzeigers*. In einem dazugehörigen Video sagt Frier in einem *Backstage*-raum sitzend zu ihrem Kollegen: »Ich stehe jetzt auf« – und erhebt sich aus ihrem Sitz. »Ich habe jetzt wirklich lange genug im



DIE WILDEN TRÄUME DER EVA QUADBECK

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Eva Quadbeck, Leiterin des RND-Hauptstadtbüros, zeigte bei ihrem Auftritt in der *ZDF-Talkshow* »Maybrit Illner«, dass sie dringend juristische Nachhilfe benötigt.

Am 18. Januar 2024 äußerte Eva Quadbeck bei Maybrit Illner Folgendes: »Also wenn man sieht, wie sich Rechtsradikale organisieren über soziale Netzwerke, das BKA hat schon Personal aufgestockt, um mehr Streife zu gehen im Internet. Aus meiner Sicht reicht das überhaupt noch nicht aus. Ich glaube, dass die Demokratie da noch nicht wehrhaft ist. Die Medien haben recht strenge Gesetze, was sie dürfen und was sie nicht dürfen und wer wie senden darf. Aber *Social Media*, da kann jeder sein eigener *Publisher*, sein eigener Veröffentlicher sein und das in die Welt setzen, was er gerade mal für richtig hält. Und da glaube ich, muss es mehr Kontrolle geben. Und da müssen Leute, die verfassungswidrig agieren und auch wirklich, für die muss das ungemütlich sein, die müssen erwischt werden, die müssen bestraft werden, die brauchen auch Razzien zu Hause. Und das sehe ich überhaupt noch nicht in ausreichendem Umfang.«

Eva Quadbeck fordert also 1. Kontrollen, 2. Razzien und 3. Strafen. Razzien und Strafen sollen sich gegen jene richten, die »verfassungswidrig agieren«, wobei »Rechtsradikale« offenbar nur eine Teilmenge dieser verfassungswidrig Agierenden sind. Wer sonst noch gemeint sein könnte, bleibt offen. Adressat von Kontrollen ist in der Vorstellung von Eva Quadbeck prinzipiell jeder, der sich auf *Social Media* äußert. Denn diese Kontrollen sollen ja gerade erst ergeben, wer verfassungswidrig handelt. Die freie Meinungsäußerung im Internet soll also insgesamt zum Objekt der staatlichen Überwachung werden. Das Ergebnis dieser Kontrolle soll sein, dass gerade nicht mehr jeder in die Welt setzen darf, was er für richtig hält.

Sitzen zugeschaut, wie an meinem Demokratiestuhl gesägt wird.« Bär erwidert: »Ich stehe auch auf, weil ich niemals die Frage hören möchte: Warum habt ihr damals nichts gemacht?« Beide schauen sich an und geben sich die Hand, ehe Frier in Richtung Fenster läuft, Bär sie aber mit einem Fingerzeig in Richtung Ausgang korrigiert. Frier: »Ach so, da geht es zur Demo-«, sagt sie, macht eine kurze Pause und ergänzt: »-kratie!« Eine schauspielerische Meisterleistung: Plumper geht's nimmer! Für einen Oscar hat's leider nicht gereicht.

Derweil äußerte Hape Kerkeling gegenüber *t-online* alarmierende Worte: Deutschland müsse aus seiner Vergangenheit lernen. Die Demokratie sei so sehr in Gefahr wie selten zuvor. »Es ist mir unerklärlich, wie man sich seine eigene Katastrophe herbeiwählen kann«, sagte er. So weit, so gut. Allerdings zielte der Komiker mit seinen Äußerungen nicht etwa auf die Ampel-Parteien ab, sondern auf die AfD. Zuvor äußerte er sich in einem anderen Interview darüber,

dass Berlin inzwischen »etwas homophober« geworden sei. Muss sicher auch an der AfD und ihrer verfehlten Migrationspolitik liegen. Ich würde sagen: Der Junge muss mal wieder an die frische Luft.

Zum Schluss noch ein Tipp: Genießen Sie die letzten ungemütlichen Tage dieses Winters. Laut Biologe Mark Benecke stehen uns in Deutschland verdammt heiße Zeiten bevor. Bei einem Vortrag in Bonn erklärte er, dass er »mit fast völliger Sicherheit« sagen könne, »dass wir den Höllensommer des Jahrhunderts und Jahrtausends kriegen werden.« Mensch, ick freu mir. Ich glaube, ich blase gleich schon mal mein Planschbecken auf. Fast parallel gab es eine Meldung über einen Mann, der sich während der Plandemie 217 Mal gegen Corona »impfen« ließ. Ob es da etwa einen Zusammenhang gibt?



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Demokratin macht noch einmal klar, was unmissverständlich in unserer Verfassung, dem Grundgesetz steht. Foto: Georgi Belickin/DW

Zum rechtlichen Maßstab, an dem sich die staatliche Kontrolle ausrichten hat, nimmt Eva Quadbeck Bezug auf die Gesetze, die regeln, was Medien dürfen und was sie nicht dürfen und wer wie senden darf. Gemeint ist damit der Medienstaatsvertrag. Offenbar stellt sich Eva Quadbeck vor, dass jeder, der im Internet Tatsachen behauptet oder seine Meinung sagt, journalistischen Standards zu genügen hat. Im Kern liegt darin die Forderung nach einer Medienaufsicht über alle Meinungsäußerungen im Internet.

Die Forderungen von Eva Quadbeck stehen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Anbieter von Medien unterliegen deshalb rechtlichen Standards in Bezug auf ihre Inhalte, weil ihnen seitens des Publikums ein besonderes Vertrauen entgegengebracht wird und sie dieses Vertrauen in Anspruch nehmen. Eben deshalb ist es auch gerechtfertigt, dass sie der Medienaufsicht unterliegen. Wenn Otto Normalverbraucher im Internet etwas äußert, wird ihm solches Vertrauen weder gewährt, noch nimmt er es in Anspruch. Ihn darf also auch keine allgemeine staatliche Aufsicht treffen.

Eva Quadbeck will jenen den Mund verbieten, die »verfassungswidrig agieren«. Indes: Die Bindung an die verfassungsmäßige Ordnung trifft die Träger staatlicher Gewalt, aber nicht Privatleute. Im Privatrechtsverkehr können die Grundrechte allenfalls eine sogenannte mittelbare Drittwirkung entfalten, weil die Gesetze, die zwischen ihnen gelten, im Lichte jener Wertordnung ausulegen sind, die durch die Grundrechte verkörpert wird. Eine Privatperson kann aber nicht in der Weise »verfassungswidrig

agieren«, dass dies eine unmittelbare staatliche Intervention rechtfertigt.

Ausnahmen gelten lediglich für jene Personen, die zum Staat in einem besonderen Treueverhältnis stehen – nämlich für Beamte und Soldaten. Beamte müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten (§ 33 Abs. 1 Satz 2 Beamtenstatusgesetz). Der Soldat muss die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennen und durch sein gesamtes Verhalten für ihre Erhaltung eintreten (§ 8 Soldatengesetz). Andere Personen können allenfalls dadurch verfassungswidrig agieren, dass sie sich in einer Partei engagieren, die vom BVerfG zuvor verboten worden ist. Auf diese Fälle will Eva Quadbeck ihre Kontrollphantasien aber nicht beschränken. Damit tritt sie das demokratische Fundamentalgrundrecht der freien Meinungsäußerung (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG) mit Füßen.

Razzien, also Hausdurchsuchungen, bedürfen der richterlichen Anordnungen und sind nur zum Zwecke der Strafverfolgung (§§ 102 ff. StPO) oder zur Gefahrenabwehr (zum Beispiel § 41 Polizeigesetz NRW) zulässig, nicht aber zur Unterdrückung von Meinungen, die der Regierung oder den Konzernmedien nicht gefallen. Und die Strafbarkeit von Meinungsäußerungen muss angesichts der Bedeutung von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG für den lebendigen demokratischen Diskurs die absolute Ausnahme bleiben. Eva Quadbeck offenbart hier abermals ein fragwürdiges Grundrechtsverständnis.

MELDUNG

STANDHALTEN, UMNICKEN ODER ABSÄGEN?

Berlin/DW. Zerbricht die Ampel nun ausgerechnet daran? Die SPD-geführte Koalition der Bundesregierung in Berlin steckt in der Krise. Auslöser ist das Nein des SPD-Bundeskanzlers Olaf Scholz, Marschflugkörper in die Ukraine zu senden. Die Regierungskoalitionspartner FDP und Bündnisgrüne sind mehrheitlich für eine Ausweitung des Krieges und den direkten Einsatz deutscher Soldaten an der Ostfront. Ebenso die Unionsparteien CDU/CSU unter dem Blackrock-Funktionär Friedrich Merz, der dem Bundeskanzler mit seiner Weigerung, direkten Krieg gegen Russland führen zu wollen, vorwirft, nervenkrank und »dünnhäutig« zu sein. Die CDU/CSU ist bekannt dafür, jeden US-Nato-Kriegseinsatz mitmachen zu wollen. Ein Misstrauensvotum gegen Olaf Scholz steht im Raum und damit eine neue CDU-geführte Regierung mit FDP und Bündnisgrünen als Partnern. (hes)

LAUTERBACH ZUM KRIEG:
»DAS MUSS GEÜBT WERDEN«

Berlin/DW. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) kündigte an, deutsche Krankenhäuser auf den Krieg vorzubereiten und dafür ein Gesetz zu erarbeiten. »Es braucht auch eine Zeitenwende für das Gesundheitswesen. Zumal Deutschland im Bündnisfall zur Drehscheibe bei der Versorgung von Verletzten und Verwundeten auch aus anderen Ländern werden könnte«, so Lauterbach gegen über der Osnabrücker Zeitung. Ähnlich wie beim berüchtigten Event 201, bei dem 2019 das Coronaregiment eingeübt wurde, solle auch der Kriegsfall gegen Russland geprobt werden. Lauterbach erklärte, im »Katastrophen- und Kriegsfall« müsste klar sein, wer welche Aufgaben hat und kündigte an, den Posten des Bundesgesundheitsministers, also seinen eigenen, mit einem Notstandsgesetz mit einer umfassenden Machtfülle ausstatten zu wollen. (hes)

SCHLAG GEGEN
DIE PRESSEFREIHEIT

Potsdam/DW. Die Bankkontokündigung für das Compact-Magazin soll in Ordnung sein. So entschied das Landgericht Potsdam am 12. März 2024. Die Mittelbrandenburgische Sparkasse hatte dem Magazin im Februar 2024 unter Vorwänden gekündigt, wogegen der altlinke Verlags- und Magazinchef Jürgen Elsässer Einspruch eingereicht hatte. Das Urteil sei »ein Bruch des Grundgesetzes«, lautete die deutliche Warnung vonseiten des souveränen Magazins an alle Journalisten in Deutschland. Bundesinnenministerin Nancy Fäber hatte im März 2022, kurz nach ihrer Machtübernahme, im Beisein des Inlandsgeheimdienstchefs, Thomas Haldenwang, angekündigt, die Opposition »finanziell austrocknen« zu wollen. Kontokündigungen sind ein beliebtes Mittel. Alleine diese Zeitung musste bereits zwölf Kontokündigungen in vier Jahren erdulden. (hes)

Strafanzeige wegen Volksverhetzung eingestellt

Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt nicht gegen Innenministerin Nancy Faeser und liefert dabei Argumentationshilfe für verfolgte Demokraten | Von Gordon Pankalla

Ich hatte eine Strafanzeige gegen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erstattet, da diese sich aus meiner Sicht nach Paragraph 130 Absatz 3 des Strafgesetzbuches (StGB) strafbar gemacht hat und zwar wegen der Verharmlosung der schrecklichen NS-Taten.

Faeser fühlte sich durch das kürzlich bekanntgewordene Treffen von Rechten in Potsdam an die Wannseekonferenz der Nationalsozialisten erinnert. »Das weckt unwillkürlich Erinnerungen an die furchtbare Wannseekonferenz«, so die SPD-Politikerin gegenüber der Funke-Mediengruppe. Zwar wolle sie beides nicht miteinander gleichsetzen, »aber was hinter harmlos klingenden Begriffen wie »Remigration« versteckt wird, ist die Vorstellung, Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer politischen Haltung massenhaft zu vertreiben und zu deportieren.«

Bei der Wannseekonferenz wurde die »Endlösung der Judenfrage« beschlossen. Zwar sagte Faeser, sie wolle dies nicht miteinander vergleichen, aber in Wirklichkeit stellte sie mit dieser Aussage doch genau diesen Vergleich an und verharmloste so die Gräueltaten der Nazis – so meine Auffassung.

Dies sah die Staatsanwaltschaft (StA) in Berlin nun anders und stellte das Verfahren gegen Faeser »mangels Tatverdachts« ein. Die Begründung der StA: Eine polemische Gleichsetzung und damit eine Verharmlosung in Form eines relativierenden Vergleichs liege im Gesamtkontext der Aussage der Angezeigten grade nicht vor. Sie stelle vielmehr durch die Aussage, sie wolle beides nicht miteinander gleichsetzen, klar, dass das nicht ihre Intension sei.

Aus ihrer Aussage gehe hervor, dass Erinnerungen an die Wannseekonferenz geweckt würden, bei der es auch um massenhafte Vertreibungen von Bevölkerungsteilen gegangen war, wobei sie die Wannseekonferenz mit ihren Folgen als »furchbar« beschreibe – so die Staatsanwaltschaft aus Berlin.



Klare und nachvollziehbare Forderung eines Demokraten. Foto: Georgi Belickin/DW

RECHTSSPRECHUNG OHNE ANSEHEN DER PERSON?

Aus meiner Sicht ist dies eine falsche Bewertung des Sachverhalts, aber Juristen haben eben oft unterschiedliche Auffassungen. Man kann zwar sagen: »Ich vergleiche nicht«, es dann aber trotzdem tun. Und genauso bewerte ich diese Aussage. Wenn wir jedes Treffen, oder angebliches »Geheimtreffen«, wie es auch bezeichnet wurde, gleich mit der Endlösung der Judenfrage vergleichen, dann verharmlost man aus meiner Sicht die Geschichte – denn bei dem in den Medien viel diskutierten Treffen in einem Hotel mit Politikern von AfD, CSU und dem Aktivisten Martin Sellner wurde ganz sicherlich nicht über

eine »Endlösung« gesprochen, dass also beschlossen wurde, dass Menschen in Konzentrationslager verbracht werden und dort umgebracht werden sollen.

Wer einen solchen Vergleich anstellt, der verharmlost aus meiner Sicht die geschichtlichen Ereignisse und dies ist eine Straftat nach Paragraph 130 StGB. In der Konsequenz führt eine solche Aussage nämlich dazu, dass ein Treffen in einem Hotel gleichgesetzt wird mit der Wannseekonferenz und damit verharmlost man die geschichtlichen Fakten und dies führt dazu, dass solche Aussagen inflationär im politischen Meinungskampf eingesetzt werden und zwar in einer Weise, die das Unrecht der Naziherrschaft irgendwann als eine Normalität erscheinen lässt.

Mir erscheint dies als eine politische Entscheidung der Staatsanwaltschaft, die an dieser Stelle mutlos agiert, da die Beschuldigte ein politisches Schwergewicht ist. Hätte jemand anderes diese Aussage getroffen, wären die Ermittlungen meines Erachtens nicht eingestellt worden, sondern hätten zu einer Anklage geführt.

ALLES, WAS NICHT LINKS IST, IST FÜR FAESER GLEICH NAZI

Man kann bei Frau Faeser durchaus den Eindruck gewinnen, dass sie der Ansicht ist,

dass alles was nicht links ist und was nicht ihrer Ansicht entspricht, in ihren Augen gleich Naziherrschaft bedeutet.

So ist Faeser nun auch mit ihrem »Demokratiefördergesetz« gescheitert – ein Gesetz welches bereits mit dem Namen die Demokratie verhöhnt, da es schlicht darum geht, den demokratischen Diskussionsraum einzuschränken und zwar nach den Vorstellungen einer Frau die einst für ein linksradikales Blatt der Antifa schrieb. Kritiker störten sich vor allem daran, dass das geplante Gesetz Artikel 5 und Artikel 11 des Grundgesetzes widerspricht, in denen die Meinungsfreiheit garantiert wird. Dort ist ausdrücklich davon die Rede, dass dieses Recht jedem »ohne behördliche Eingriffe« zustehe.

Die Juristen der Wissenschaftlichen Dienste zweifelten die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes an. Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dürfte der Bund ein solches Gesetz nur verabschieden, wenn zum Beispiel landesgesetzliche Regelungen ausgeschlossen seien.

Das Demokratiefördergesetz soll laut Bundesfamilienministerien Lisa Paus (55, Grüne) »zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für Demokratie und gegen Extremismus einsetzen, verlässlich fördern«. Gemeint sind aber sicherlich nur solche Projekte, die zu der politischen Haltung der jeweiligen Regierung passen. Meinungsvielfalt würde damit untergraben werden. Ich nenne dies daher Anti-Demokratie-Gesetz, was Nancy Faeser und Lisa Paus (Grüne) da auf den Weg bringen wollten.

Zudem ist es überhaupt nicht die Aufgabe des Bundes, solche »zivilgesellschaftliche Organisationen« zu fördern. Welche Organisationen damit gemeint sind, sollte indes klar sein – die Blätter für die Faeser einst geschrieben hat.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



ANGRIFF AUF DIE PRESSEFREIHEIT

YouTube-Streamer und Preis-der-Republik-Träger Sebastian Weber alias Weichreite ist auf der Demo in Gera am 9. März 2024 in einen Konflikt mit Ordnungshütern des Regimes geraten. »Es gab einen Vorfall, bei dem man mich nicht meiner Arbeit nachkommen ließ«, erklärte Weichreite hinterher in einem Video und lieferte mit entsprechenden Bewegtbildern den Beweis dafür, dass die Aggressionen eindeutig vom Regimentrupp ausgegangen waren. Polizisten hätten ihn zunächst weggedrängt und einer von ihnen ihm dann einen unsanften Stoß verpasst. Daraufhin kochten beim Bürger-Journalisten die Emotionen hoch, er bezeichnete einen Polizisten als »asozial«. Weichreite: »Der fühlte sich in seiner Ehre verletzt und hat mich angezeigt.« Die Folge: Nach eigener Aussage wurde der 34-jährige Leipziger in eine Seitenstraße gedrängt und von mehreren Polizisten an einer Wand fixiert. Sein Smartphone nahm man ihm zwecks Beweissicherung ab. Blöd nur für die Staatsdiener: Das Video von dem Vorfall befand sich laut Weichreite nicht auf dem Handy, sondern in seiner Cloud, weshalb es sich bereits mehr als 60.000 Menschen anschauen konnten. (kmü)



Foto: privat.

ZITAT DER WOCHE

»Kriegsgebrüll von Politikern, die nichts können, Lebensläufe gefälscht oder geschönt haben, Politiker ohne Beruf oder Erfahrungen, Lobbyismus in Person einer Grauhaarigen, verhöhnern Menschen, die »Frieden schaffen ohne Waffen« fordern. Was ist hier los? Denkt mal darüber nach!«

Landwirt Thomas Essig, auch bekannt als »Der Bauer aus der Mark« (siehe Interview in DW 161), am 2. März 2024 auf Facebook.

»Wir sind der Souverän«

Der Arzt Dr. Hans-Rudolf Milstrey sprach auf einer »Demo gegen rechts« die Grundrechtseinschränkungen während Corona an und wurde daraufhin fortgejagt, wovon sich der 79-jährige Viersener jedoch unbeeindruckt zeigt | INTERVIEW von Klaus Müller



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN,
VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.
- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.
- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.
- Die Zeitung ist analog, somit auch von Big Tech unabhängig und unzensurierbar.
- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.
- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.
- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.
- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.
- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.
- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.
- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

Dieses Video ging viral: Am 2. März nimmt Dr. Hans-Rudolf Milstrey auf einer »Demo gegen rechts« in Viersen-Süchteln (bei Mönchengladbach) das Mikrofon in die Hand und richtet folgende Worte an die rund 200 Demo-Teilnehmer: »Liebe Süchtelner, danke für die Möglichkeit hier zu sprechen. Ich bin am Ende des letzten grauenhaften großen Krieges geboren und davon bis heute geprägt. Deswegen habe ich die ersten 71 Jahre wunderbarer Demokratie in Deutschland besonders genießen können. Ihre Sorgen um den Erhalt unserer Demokratie teile ich seit vier Jahren – allerdings aus anderen Beweggründen als sie heute hier in Reden und auf Plakaten vorgetragen werden. Das Grundgesetz wurde 1949 geschaffen, um nach dem Horror der Nazi-Herrschaft die Rechte eines jeden Einzelnen gegenüber einem übergriffigen Staat zu schützen. Unsere Grundrechte sind nicht infrage zu stellen und unveräußerlich.« Die Zuhörer applaudieren begeistert, ehe Milstrey erklärt: »Dennoch wurden sie seit 2020 im Rahmen der Pandemie beschnitten und ausgehebelt.« Noch bevor er fortfahren kann, schlägt die Stimmung mit einem Schlag ins Gegenteil um: Plötzlich gibt es aggressive Buh-, »Querdenker raus«- und »Geh nach Hause«-Rufe und der Versammlungsleiter nimmt Milstrey das Mikro ab. Der DW sprach mit ihm.

DW: Herr Dr. Milstrey, wie kamen Sie auf die Idee, bei der »Demo gegen rechts« zu sprechen?

H.-R.M.: Das hatte ich entschieden, als ich von der Ankündigung dieser Demo erfuhr. Das Motto der Demo lautete: »Gegen Hass und Ausgrenzung«. Irritierend und widersprüchlich fand ich, dass die Kundgebung direkt neben einer AfD-Veranstaltung stattfand mit dem erklärten Ziel, die AfD im Gegensatz zu diesem Motto vom politischen Leben und mit zum Teil hasserfüllten Parolen aus der Demokratie auszugrenzen. Das widerspricht dem Grundgesetz. Ich bin kein AfD-Mitglied, aber seit vielen Jahren ein Bewunderer des Grundgesetzes und seiner Schöpfer. Die Wegnahme des Mikrofons war exemplarisch für die Heuchelei und Doppelmoral vieler Protagonisten auf dieser und anderen Veranstaltungen. Man



Mutiger Demokrat mit Rückgrat: Dr. Hans-Rudolf Milstrey ist Arzt für Innere Medizin, Kardiologie, Angiologie und Präventivmedizin. 32 Jahre war er in verantwortlicher Position in einem Krankenhaus tätig. Seit zwölf Jahren befindet er sich im Ruhestand, betreut aber noch einige Patienten. Auf der Straße unterwegs, etwa bei den Montagsspaziergängen, ist er seit 2022. Foto: privat.

macht genau das, was man der AfD vorwirft. Ich bereue mein Auftreten nicht.

DW: In einem später veröffentlichten Video konnte man Ihre komplette Rede hören. Darin erklären Sie: »Obwohl unser Grundgesetz die Ausgrenzung von Minderheiten verbietet, wurden die Ungeimpften als Minderheit maximal ausgegrenzt.« Hätten Sie so etwas vor Corona für möglich gehalten?

H.-R.M.: Niemals. Dass sich die Demokratie so entwickelt und man uns Grundrechte einfach so nehmen kann, hat mich erschrocken und sehr betrübt. Corona war der Ausgangspunkt für einen zunehmend autoritären Staat. Die Politik hat Ärzten Verhaltensweisen vorgeschrieben. Ein Unding! Ich habe mich von Beginn an dagegen gewehrt.

DW: Halten Sie ein AfD-Verbot für möglich?

H.-R.M.: Eigentlich nicht, es wäre ein absolutes Versagen des Rechtsstaates. Das Problem ist aber, dass der Bundesverfassungsschutz weisungsabhängig ist. Eine SPD-Innenministerin nutzt ihr politisches Amt, um die Opposition zu bekämpfen. Thomas Haldenwang sagt es sogar offen: Der Verfassungsschutz allein könne die AfD nicht bekämpfen. Sollte die Partei tatsächlich verboten werden, würde dies zu einem Aufstand der Menschen führen – vor allem im Osten der Republik. Ich hoffe, dass es zu einer solchen Entwicklung nicht kommt.

DW: Sie fordern »eine Aufarbeitung der vergangenen vier Jahre mit nachfolgender gesellschaftlicher Versöhnung«. Wie können wir das schaffen?

H.-R.M.: Indem sich jeder von dem, was geschehen ist, distanziert. Viele haben mitgemacht und sich impfen lassen. Sie müssen erkennen, dass sie betrogen wurden. Eine Versöhnung wird wohl nur mit einer neuen Regierung möglich sein. Ich wünsche mir, dass die Brandmauer fällt. Die Union täte aus meiner Sicht gut daran, selbst auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Pandemie zu drängen. Damit würde sie in den Augen vieler enorm gewinnen und zur Glaubwürdigkeit zurückfinden.

DW: Wie müsste die Aufarbeitung ablaufen?

H.-R.M.: Rechtlich verbindliche Strukturen sind Voraussetzung, also ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss. Eine Enquete-Kommission dagegen verpflichtet zu nichts. Die Menschen müssen erkennen, dass der Rechtsstaat wieder greift. Straftaten müssen als solche geahndet werden, die Verantwortlichen Konsequenzen zu spüren bekommen.

DW: Was stimmt Sie zuversichtlich?

H.-R.M.: Wir Bürger sind der Souverän, die Regierung ist nur unser Auftragsnehmer. Aber sie hat alles an sich gerissen. Eigentlich sind wir eine Parteiendemokratie, das heißt, die Parteien tragen zur Willensbildung des Volkes bei, aber sie bemächtigen sich nicht des Volkes. Ich hoffe, bei der nächsten Wahl werden die Dinge zurechtgerückt.

DW: Herr Dr. Milstrey, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

MIT DANK ZURÜCK!

Hallo liebes, fleißiges DW-Team, Ihr seid einfach eine Wucht in Tüten. Wir freuen uns immer wieder über Eure Zeitung. Sie ist so wichtig für uns, da wir nicht mehr überall hinkommen. Wir würden so gerne nach Berlin kommen, aber da wir beide nicht so gut zu Fuß sind, müssen wir von zuhause alles beobachten. Wir hätten gerne unsere Stimme mit Euch erhoben, da wir 100-prozentig Eurer Meinung sind. Beim Lesen der Ausgabe 165, da stehen einem ja die Haare zu Berge. Aber wir mochten schon von Anfang an die Merkel

nicht. Mit ein bisschen Übung kann man den Leuten im Gesicht ansehen, wie falsch und verlogen sie sind. Scholz ist genau so schlimm. Wir drücken Euch ganz fest die Daumen, dass Euer Vorhaben die Zeitung an die Kioske zu bringen, klappt. Wir Beiden sind 84 und 79 Jahre alt und möchten gerne unseren Lebensabend noch ein wenig genießen. Unsere Familie, zwei Söhne 53, und 51 Jahre und ihre Frauen sind der gleichen Meinung wie wir. Es könnte gut sein, dass sie am 28. bis 30. März in Berlin sind. Mal sehen ... Toi, toi, toi für Eure Arbeit und das Wochenende.

– Klaus und Ursel Th.

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

AUF DEM SCHIRM

- ✉ RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
- 📷 [instagram.com/demokratischerwiderstand](https://www.instagram.com/demokratischerwiderstand)
- 📺 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- 📘 [facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung](https://www.facebook.com/DemokratischerWiderstandZeitung)
- 📺 [youtube.com: Demokratischer Widerstand](https://www.youtube.com/DemokratischerWiderstand)

»Es wird viel schlimmer werden als 2008«

Interview mit Unternehmer Frank Hägermann über die besorgniserregende Lage des deutschen Mittelstands | Von Klaus Müller

DW: Herr Hägermann, bitte stellen Sie sich kurz vor!

Frank Hägermann: Ich bin 55 Jahre, Geschäftsführer der Mindener, Eberswalder und Goslarer Stahlhandel GmbH mit insgesamt rund 300 Mitarbeitern. Ich habe mich 2009 mit meinem Gesellschafterkollegen selbstständig gemacht, war zuvor leitender Angestellter bei einem Großkonzern.

DW: Sie sorgten während der sogenannten Corona-Pandemie medial für Wirbel, weil Sie »Ungeimpften«, die in Quarantäne mussten, weiterhin ihren vollen Lohn zahlten. Was waren die Beweggründe für Ihr Handeln?

F.H.: Ich bin Stahlhändler, kein Mediziner, kein Wissenschaftler. Das Impfen war und ist für mich eine individuelle Entscheidung, zumal die Maßnahmen der Regierung aus meiner Sicht moralisch fragwürdig waren. Außerdem wollte ich als Gerechtigkeitsfanatiker Ruhe in meinem Unternehmen haben und keine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Jeder Mitarbeiter wurde täglich getestet. Es hat mich nicht interessiert, wer geimpft ist und wer nicht. Es war die Entscheidung eines jeden Einzelnen, die mich nichts anging. Mit dieser Maßnahme bin ich gut gefahren. Jedenfalls sind mir keine Beschwerden zu Ohren gekommen.

DW: Wie bewerten Sie die Corona-Zeit aus heutiger Sicht?

F.H.: Ich sehe den Großteil der damaligen Maßnahmen sehr kritisch und frage mich zum Beispiel: Warum wurden Ungeimpfte, insbesondere auch Kinder, derart ausgegrenzt? Warum musste mein Onkel alleine sterben? Warum gab es eine 2G- und eine 3G-Regel, obwohl früh klar war, dass die Impfung weder vor Ansteckung noch vor Weitergabe des Virus schützt. Das alles sind Fragen, die bis heute ungeklärt sind, die man nicht stellen kann, ohne diffamiert zu werden. Ich versuche stets, mich in die Lage meines Gegenübers hineinzusetzen, habe für viele Ansichten Verständnis. Aber heutzutage findet kein Meinungs-austausch mehr statt. Es ist wie bei Corona: Folgt man nicht der angeblichen Mehrheit, ist man ein Nazi. Dass damit der Nationalsozialismus verharmlost wird, spielt offenbar keine Rolle.

»VIELE UNTERNEHMEN WERDEN VON DER BILDFLÄCHE VERSCHWINDEN«

DW: Die deutsche Wirtschaft kränkelt. Sie schrieben vor wenigen Tagen auf LinkedIn in Bezug auf die Pleitewelle im Mittelstand, dass uns der Tsunami erst noch bevorstehe. Wie schlimm wird es Ihrer Meinung nach?

F.H.: Die Baubranche geht dramatischen Zeiten entgegen. Ich bin seit 35 Jahren im Geschäft und habe schon einige Krisen erlebt, etwa die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers 2008. Ich befürchte aber: Diesmal wird es noch viel schlimmer werden. Der Wohnungsbau ist nahezu zum Erliegen gekommen. Es wird fast nur



Lange Zeit war Frank Hägermann FDP-Mitglied, trat aber zu Jahresbeginn aus der Partei aus. Er setzt seine Hoffnung auf eine politische Wende nun in Hans-Georg Maaßens neugegründete Werteunion. Auf den Mittelstand sieht er düstere Zeiten zukommen und befürchtet, dass es »in absehbarer Zeit deutlich weniger Arbeit für alle geben wird«. Foto: privat.

noch öffentlich gebaut. Die Ausschreibungen haben sich mehr als halbiert, aber wir haben immer noch dieselben Marktteilnehmer. Das kann nicht funktionieren. An einer öffentlichen Ausschreibung nehmen zwischen 15 und 25 Bieter teil. Die Preise werden somit gesteuert, so dass die Firmen vor der Wahl stehen: Entweder Verluste machen oder keine Aufträge bekommen. Das zieht weite Krise, betrifft auch Subunternehmer und Lieferanten, was dazu führen wird, dass es in absehbarer Zeit deutlich weniger Arbeit für alle geben wird. Man kann von einer Marktbereinigung sprechen.

DW: Inwiefern?

F.H.: Ich glaube, viele mittlere und kleinere Unternehmen – nicht nur in unserer Branche, sondern in fast allen Wirtschaftsbereichen – werden von der Bildfläche verschwinden. Nur die Großen werden überleben. Ob das so von der Politik gewollt ist, kann ich nicht beurteilen.

DW: Wo liegen die Ursachen für diese Entwicklung?

F.H.: Bereits vor Corona und dem Ukraine-krieg gab es erste Signale, die darauf hindeuteten, in welche Richtung es geht. Schon da wurden die Ausschreibungen weniger. Später wurden die Zinsen erhöht, die Energiekosten stiegen immer weiter an, die CO₂-Abgabe kam hinzu, die Maut wurde erhöht, jetzt vor wenigen Monaten gar ein weiteres Mal. Das Rädchen wird Stück für Stück immer weiter gedreht.

DW: Ist die grüne Energiepolitik gescheitert?

F.H.: Die Atomkraftwerke abzuschalten, war ein großer Fehler. Alle Länder um uns herum setzen weiter auf Atomstrom. Die Energie aus Windrädern und Solar reicht bei weitem nicht aus. Man sieht es doch allein an der Preisentwicklung. Ebenso schlimm ist: Die Frachtkosten haben sich wegen der grünen Ideologie fast verdoppelt (siehe auch Interview mit Fuhrunternehmer Volker Bott in DW 162/Anm. d. Red.). Wir haben 45 LKW, die täglich Baustellen beliefern. Züge oder Schiffe können wir dafür nicht einsetzen.

DW: Haben Sie mal über eine Verlagerung ins Ausland nachgedacht?

F.H.: Natürlich könnte ich überlegen, etwa unseren Standort in Eberswalde ins osteuropäische Ausland zu verlagern. Das ist aber kein Thema. Ich bin gerne in Deutschland. Das ist meine Heimat. Wir waren lange ein erfolgreiches Land mit herausragenden Politikern wie Genscher, Kohl, Brandt, Schmidt oder Schröder. Heute haben wir Berufspolitiker, die wissen, dass ihre Zeit an den Machthebeln endlich ist und deshalb anfällig für Lobbyismus sind. Sie müssen schnellstens weg. Wir benötigen in der Politik echte Köpfe mit Fachkompetenz.

DW: Was wünschen Sie sich noch für unser Land?

F.H.: Frieden und Freiheit. Aber das ist mit der jetzigen Regierung kaum zu schaffen. Schon Guido Westerwelle erkannte vor vielen Jahren: Die Freiheit stirbt scheinbarweise. Es geht wohl darum, die Menschen komplett kontrollieren zu wollen. Wie das funktioniert, sieht man in China. Ich weiß nicht, ob es das Ziel ist, chinesische Verhältnisse zu schaffen. Wir sind davon auch noch weit entfernt, aber es geht in diese Richtung. Und dann diese Kriegstreiberi: Ich finde es fürchterlich, dass die heutigen Politiker nichts aus der Geschichte gelernt haben.

DW: Was stimmt Sie zuversichtlich?

F.H.: Wenn wir nun in diese schwere Krise hineinlaufen, werden sich die politischen Verhältnisse drehen. Mal sehen, ob die Ampelparteien dann 2025 überhaupt noch nennenswert in den Bundestag kommen. Die Menschen werden zudem auf die Straße drängen. Ihnen bleibt gar nichts anderes übrig. Was glauben Sie, wie viele meiner Mitarbeiter mich inzwischen nach Kleinkrediten fragen, weil sie mit ihrem Geld nicht mehr auskommen. Und ich bezahle meine Leute wirklich sehr gut. Es ist erschreckend, wie weit die Politik von der Realität der Menschen entfernt ist. Ich hoffe, dass alles friedlich bleibt, bin aber überzeugt: Am Ende wird alles gut.

DW: Herr Hägermann, wir danken Ihnen für das Gespräch.

MELDUNG

AUS FÜR DAS VERBRENNER-AUS?

Brüssel/DW. Diverse Medien berichten jüngst, dass das von der EU geplante Verbrenner-Aus im Jahr 2035 auf der Kippe stehen würde. Ursprung dessen war offenbar eine Meldung der österreichischen *Kronen Zeitung*, die über eine Abstimmung im EU-Ausschuss für Umwelt und Transport berichtet und Entsprechendes behauptet hatte. Nun heißt es, es werde lediglich über eine neue CO₂-Berechnung diskutiert. Die EU hatte sich im Oktober 2022 auf ein Verbrenner-Aus für 2035 geeinigt. Ab diesem Datum sollen Kraftfahrzeuge, die CO₂ ausstoßen, keine Typzulassungen mehr erhalten. Experten bezweifeln, dass es dazu tatsächlich kommen wird. (kmü)

ENTEIGNUNG DER BÜRGER SCHREITET VORAN

Brüssel/DW. Die Umsetzung der Agenda 2030 nimmt immer konkretere Formen an. Die Mehrheit der Abgeordneten des Europaparlaments stimmten am Dienstag für neue Sanierungsvorhaben. Demnach solle der Energieverbrauch von Wohngebäuden bis 2030 im Schnitt um 16 Prozent und bis 2035 um 20 bis 22 Prozent sinken. Diese Maßnahmen, so heißt es, sollen dazu beitragen, dass die EU ihre Klimaziele erreiche. Tatsächlich allerdings würde es für Millionen von Eigenheimbesitzern zu einer Enteignung und Wohlstandsvernichtung kommen, da die zum Teil exorbitanten Kosten nicht zu stemmen beziehungsweise die Maßnahmen völlig unwirtschaftlich wären. Hinzu kommt: Nachdem sich die Bundesregierung dazu verpflichtet hatte, bis 2045 klimaneutral zu sein, wozu auch der Verzicht auf fossile Brennstoffe mit einherging, soll der Ausstieg nun vorgezogen werden. Bereits ab 2040 soll es keine Öl- und Gasheizungen mehr geben. Die EU-Statten müssen dem Vorhaben noch zustimmen, was jedoch als Formsache gilt. (kmü)

INDUSTRIEPRODUKTION IN DER EUROZONE BRICHT MASSIV EIN

Brüssel/DW. Im Vergleich zu Dezember 2023 ist die Industrieproduktion in der Eurozone im Januar 2024 deutlich um 3,2 Prozent gesunken. Im Jahresvergleich zu Januar 2023 beträgt der Rückgang sogar 6,7 Prozent (die Erwartung lag bei einem Minus von »nur« 2,9 Prozent). Dies belegen Daten, die am Mittwoch vom Statistikkamt Eurostat veröffentlicht wurden. (kmü)

VERNICHTUNGSFELDZUG GEGEN AUF1

Wien/DW. TV-Sender AUF1 muss eine Strafe von rund 195.000 Euro zahlen, die die Medienregulierungsbehörde verhängt hatte, weil der Sender im Satellitenfernsehen »verbotene Themen platziert« haben soll. Chefredakteur Stefan Magnet spricht von einem »finanziellen Vernichtungsschlag«. Um diesen zu verhindern, werden nun Spenden gesammelt. Motto: »Jetzt erst recht!« (kmü)



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE von Wolfgang Greulich

IN VIELEN BEREICHEN MANGELHAFT

Mann oder Frau, der Rest ist inbegriffen, muss gar nicht mal in Deutschland wohnen, um zu sehen, was auch im Ausland angekommen ist: Die Bewertung des Wirtschaftsstandorts Deutschland fällt zunehmend schlechter aus. Das hat jetzt die Beratungsgesellschaft KPMG in einer Studie festgestellt, in der 350 Finanzvorstände deutscher Tochterunternehmen internationaler Konzerne befragt wurden. Immerhin rangiert Deutschland noch im Mittelfeld – also deutlich besser als im Fußball.

Mangelhaft in den Bereichen Bürokratie, hohe Energiekosten und auch Digitalisierung, Regulierungsvorhaben und Technologieoffenheit erhalten eine glatte Fünf. Die beste Bewertung erhält Deutschland für seine zentrale Lage in Europa. Tolle Leistung. Die LKW-Maut des Transitverkehrs macht die Defizite auch nicht wett. Wind gibt es auch zu wenig. Macht nichts, Windräder werden uns das Klima schon noch retten. Noch 2021 zählten 80 Prozent der Befragten Deutschland zu den fünf besten EU-Standorten, jetzt sind es gerade mal noch 23 Prozent. Chapeau, gut gemacht!

Man könnte die Liste an dieser Stelle nahezu endlos fortführen. Zusammengefasst lässt sich feststellen: Die Firmen gehen mit ihren Investitionen ins Ausland, weil es nahezu überall attraktiver ist als im »besten Deutschland aller Zeiten«. Alles in allem wurde die Zeit verschlafen, sagen die Wirtschaftsfachleute oder aus Sicht der 99 Prozent: die falschen gewählt. Zu lange zugeschaut und vertraut, bis Minderheiten regieren – vorsätzlich inkompetent, ohne richtige Bildung, ohne die erfolgreichen deutschen Tugenden, selten gearbeitet und kriegstreibend fremdbestimmt. Besser geht es nicht.

»Zu lange von der Substanz gelebt«, sagt KPMG-Bereichsvorstand Andreas Glunz. Meint er die Politiker in Berlin oder die 99 Prozent, die konsequent um ihre Substanz beraubt werden? Habeck sieht ebenfalls »Anlass zur Sorge« und rechtfertigt die nach unten korrigierte Konjunkturaussicht mit der geopolitischen Krise. Lindner sagt, Deutschland habe »eine zu geringe wirtschaftliche Dynamik«. Jens Spahn, erst Gesundheitsexperte, nun Wirtschaftsprof, vergleicht die wirtschaftliche Stimmung mit der Großbritanniens nach dem Brexit. Es gibt Aussagen, die sind an Substanzlosigkeit kaum zu übertreffen, die der Ampelregierung gehören dazu, deshalb muss sie endlich weg.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Milliarden für einen sinnlosen Krieg

Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof meldet sich zu Wort

»M eine Damen und Herren! Ich habe nicht 37 Jahre als Soldat gedient, um Deutschland den Frieden zu bewahren, und um jetzt kommentar- und tatenlos zuzusehen, wie Deutschland langsam, aber wahrscheinlich auf eine aktive Teilnahme an einem fremden und sinnlosen Krieg zugesteuert wird.

Unsere »Heiligen Drei Könige«, Herr Bundeskanzler Scholz, Herr Minister Lindner und Herr Minister Dr. Habeck, haben in ihren jungen Jahren zunächst alle den Wehrdienst für Deutschlands Recht und Freiheit und die Bewahrung unserer Demokratie verweigert. Sie geben nun weit mehr als 10 Milliarden Euro Steuergelder pro Jahr für das »Recht«, die »Freiheit«, die »Demokratie« und die Westlichen Werte in einem fremden Staat aus, der weder eine Demokratie ist, noch Westliche Werte vertritt. Sie verlängern mit unseren Steuergeldern und dem Blut fremder Wehrpflichtiger einen inzwischen sinnlos gewordenen Krieg.

»FREEDOM AND
DEMOCRACY?«

Die Ukraine ist mitnichten eine Demokratie und ihre Werte sind nicht die unseren. In der Ukraine sind elf Oppositionsparteien verboten. Selenskyj hat die terminlich für März 2024 anstehenden Präsidentschaftswahlen untersagt in Russland finden solche statt. In der Ukraine sind alle Medien gleichgeschaltet. Aus der Ukraine heraus sind keine ukrainekritischen Berichte deutscher Journalisten zugelassen (aus Moskau heraus sind russlandkritische Kommentare deutscher Journalisten durchaus üblich). In der Ukraine sind politische Morde an der Tagesordnung (laut der Dreiwochen-Protokolle der Bundeszentrale für Politische Bildung bis Kriegsbeginn).

Die Ukraine und Russland sind gemeinsam die zwei korruptesten Staaten Europas (laut Transparency International). Der Freikauf vom Wehrdienst ist in der Ukraine genauso üblich wie in Russland. Die Ukraine steht mit ihrem Sündenregister von Brüchen von Staatsverträgen und von Verletzungen von UN-Konventionen und internationalen Chartas dem russischen Register in Häufigkeit und Schwere in nichts nach. Die Art und Häufigkeit von ukrainischen Kriegsverbrechen sind denen von russischer Seite gleich, lediglich der Missbrauch kriegsvölkerrechtlich geschützter humanitärer Einrichtungen als Schutzschilde für kämpfende Truppen kommt allein auf ukrainischer Seite vor (laut Bericht der OSZE vom 29. Juni 2022).

Diese Ukraine ist weder eine Demokratie noch steht sie für unsere Werte, wie uns die deutschen Medien und die Mehrheit unserer Parteien vortäuschen. Die uns von offizieller Seite präsentierte Interpretation, dass die Ukraine unsere Werte mitverteidigen würde, ist so töricht wie Strucks »Deutschland-Verteidigung am Hindukusch« es war. Ich erwarte von den ehemaligen Wehrdienstverweigerern im Bundestag und in



Gerd Schultze-Rhonhof, geboren 1939 in Weimar durchlief die Ausbildung zum Truppenoffizier des Heeres der westdeutschen Bundeswehr, wurde in der Panzertruppe zum Kompaniechef. Er absolvierte den Generalstabslehrgang an der Führungsakademie in Hamburg, war dann als Generalstabsoffizier im Nato-Hauptquartier Nord (Northag) tätig. Später wurde er im Bundesministerium der Verteidigung und als Kommandeur eines Panzerbataillons eingesetzt. Er war von 1980 bis 1984 Lehrgangleiter an der Führungsakademie der Bundeswehr und von 1985 bis 1989, im Rang eines Brigadegenerals, Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 19 in Ahlen. Anschließend war er Kommandeur der Panzertruppenschule in Munster. Unter Beförderung zum Generalmajor war Schultze-Rhonhof von September 1991 bis September 1994 zunächst Kommandeur der 3. Panzerdivision in Buxtehude und von September 1994 bis März 1996 Kommandeur der 1. Panzerdivision in Hannover. Außerdem war er Territorialer Befehlshaber für den Wehrbereich II, zuständig für Bremen und Niedersachsen. Zuletzt leitete er die erste »Partnership for Peace«-Übung der Nato in Ungarn. (red. mit Material von Wikipedia; Foto: von privat)

der Bundesregierung, dass sie sich – treu ihrer früheren Friedensgesinnung – aktiv für ein schnellstmögliches Ende des Krieges in der Ukraine einsetzen und sich von ihren unrealistischen Phantomvorstellungen eines Ukraine-Sieges lösen. Von allen anderen Regierenden und Parlamentariern erwarte ich das Gleiche.

ABGEORDNETE MÜSSEN VOM
FRIEDEN ÜBERZEUGT WERDEN

Die Vorstellung einer möglichen Wiedervereinigung von zwei zerstrittenen und sich inzwischen hassenden Teilen eines Staatsvolks, die bereits vor dem russischen Einmarsch acht Jahre Krieg gegeneinander geführt haben, zu einer zukünftigen Ukraine alten Umfangs ist der Traumanz von Narren. Zum Eifer der Mehrheit der deutschen Parteien, den Ukrainern mit Geld und Waffenlieferungen doch noch zu einem Sieg zu verhelfen, fällt mir ein Ausspruch des russischen Generalleutnants Alexander Lebed ein, der im ersten Tschetschenienkrieg gesagt hat: »Lassen Sie mich eine Kompanie aus den Söhnen der Elite rekrutieren und der Krieg wird am nächsten Tag vorbei sein.« (Lebed war 1996 erfolgloser Präsidentschaftskandidat in Russland.)

Die zweite Frage, um die es hier geht, ist, ob die Russische Föderation seit ihrem Rückzug aus Mitteleuropa den Westen oder auch

nur ein Nato-Land oder ein anderes Nachbarland nach Ende des sowjetischen Zerfallsprozesses tatsächlich bedroht hat ...

Ein Teil des deutschen Volks ist es inzwischen Leid, nicht über die Hintergründe des Ukraine-Kriegs informiert zu werden und jährlich bei knappen eigenen Haushaltskassen zehn bis 15 Milliarden Euro in einen sinnlosen, fremden Krieg und das weitere Sterben von Zigtausenden von Ukrainern und Russen zu investieren. Wenn die deutsche Regierung unter Missachtung deutscher Interessen riskiert, dass der Ukraine-Krieg – wie ursprünglich auch von Bundeskanzler Scholz befürchtet – zu einem Flächenbrand ausufert und auch Deutschland einbezieht, muss das Volk selbst die Regierung an ihre erste Pflicht erinnern.

Bisher ist die überwiegende Mehrheit der deutschen Politiker in erster Linie an einem Sieg der Ukrainer und einer Niederlage der Russen interessiert und erst nachrangig an einem Frieden. Bitte (...) reichen Sie meine Gedanken an andere Interessierte weiter. Und versuchen Sie, ihre Abgeordneten von der aufgezeigten Möglichkeit eines baldigen Kriegsendes zu überzeugen. – Ihr Gerd Schultze-Rhonhof, Generalmajor a.D.«

DW bedankt sich für die Zurverfügungstellung des Textes, den wir sinnwährend für diese Seite leicht gekürzt haben.

CHRONIK EINER ABGEHÖRTEN ANGRIFFSKRIEGSPANUNG

Bericht und Presseschau von Batseba N'Diaye

Freitag, 1. März 2024: Die Chefredakteurin der russischen Auslandswelle RT, Margarita Simonjan, macht ein Abhörprotokoll samt Audio-Aufzeichnung von vier deutschen Generälen öffentlich. BRD-Regierung und -Militär plant den Angriffskrieg auf die Russische Föderation, namentlich die Zerstörung der zivilen Kertsch-Brücke mit Taurus-Marschflugkörpern.

Die 165. Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) war gerade aus der Druckerpresse gekommen, um in ganz Deutschland und darüber hinaus an die Verteiler und Abonnenten ausgeliefert zu werden. Da platzte die sprichwörtliche Bombe: Deutsche Generäle sind dabei belauscht worden, wie sie den Angriffskrieg planen. Der ist völkerrechtlich, grundgesetzlich und auch nach dem Strafgesetzbuch strikt verboten. Allein die Planung ist strafbar, sogar der Nicht-Widerstand von Amtsträgern dagegen ist es.

DEZIDIERTE PLANUNG EINES KRIEGSVERBRECHENS

Das Material soll der RT-Chefin Simonjan vom russischen Geheimdienst zugespielt worden sein, das belauschte Gespräch bereits am 19. Februar stattgefunden haben. »Darin sollen sich der Brigadegeneral der Luftwaffe der Bundeswehr Frank Gräfe, der Inspekteur der Luftwaffe Generalleutnant Ingo Gerhartz sowie zwei Mitarbeiter des Zentrums Luftoperationen (Frohstedte und Fenske), über Aussichten auf Lieferung und Einsatz von Taurus-Marschflugkörpern in der Ukraine sowie über einen konkret innerhalb eines Monats geplanten Einsatz gegen prominente Ziele in Russland unterhalten. In der inzwischen auch veröffentlichten Audiodatei sind Stimmen von Männern zu hören, die die vier oben genannten sein könnten. An der Authentizität der Aufzeichnung gibt es keine begründeten Zweifel. Das Bundesverteidigungsministerium in Berlin hat auf Anfragen von RT und der Nachrichtenagentur RIA Nowosti die Echtheit nicht bestritten, es hat vielmehr jeden Kommentar verweigert.« So der russische Kanal am 1. März.

Die politisch Verantwortlichen für den Vorgang – die Planung eines deutschen Angriffskrieges – sind Bundespräsident und formelles Staatsoberhaupt Frank-Walter Steinmeier (SPD), Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD). Maßgeblich ist das umfassende Gewaltverbot, wie es die UN-Charta in Artikel 2 Nummer 4 formuliert: »Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates (...) unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.«

»Nicht der Krieg, der Frieden ist der Vater aller Dinge!« – Willy Brandt, SPD-Bundeskanzler von 1969 bis 1974

Aus der Aufzeichnung geht unter anderem wortgetreu hervor, dass die Maidan-Regierung in Kiew innerhalb der nächsten



Er wurde schon im April 2020 auffällig, damals Innenminister von Niedersachsen, indem er die Verfolgung und Gleichschaltung oppositioneller Journalisten forderte (DW berichtete): Der heutige Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD). Vor vier Jahren wurde er sogar aus den eigenen Reihen zurückgepfiffen. Heute wird er für die Vorbereitung eines Angriffskrieges angeklagt. Foto: Daniel Biskup/CC/Wikimedia

Wochen offenbar einen großen Schlag auf russische Infrastruktur plant. BRD-Luftwaffensoldat Frohstedte in der Aufzeichnung: »Ich weiß nicht, ob wir in der Lage sein werden, die Ukrainer in kurzer Zeit – wir sprechen jetzt von einem Monat – auf eine solche Aufgabe vorzubereiten.« Welche Ziele? Abermals Frohstedte dazu: »Ich kam zu dem Schluss, dass es zwei interessante Targets gibt. Einmal so eine Brücke im Osten und einmal Munitionsdepots, wo wir rankommen. Die Brücke im Osten ist schwer zu erreichen, sie ist ein ziemlich kleines Ziel, aber der Taurus kann es schaffen. Und die Munitionsdepots, da kommen wir durch. Wenn man das alles bedenkt und damit vergleicht, wie oft Storm Shadow und Himars [die britischen und die amerikanischen Raketen; red.] abgeschossen wurden, da haben wir ein gutes Alleinstellungsmerkmal. Und so stellt sich mir die Frage: Ist unser Ziel die Brücke oder sind es Munitionsdepots?«

»WIR MÜSSEN HALT DIE PFEILER TREFFEN«

Fenske ergänzt zum Thema Kertsch-Brücke, die Festlandrussland mit der Krim verbindet: »Die Brücke ist leider aufgrund ihrer Größe wie ein Flugplatz. Daher sind vielleicht mehr als zehn oder gar 20 Raketen erforderlich.« Frohstedte ergänzt: »Wir müssen halt die Pfeiler treffen, wo sie zusammenklappt.« Generalleutnant Gerhartz antwortet darauf so: »Man geht davon aus, dass der Taurus durch den Einsatz des französischen Kampfflugzeugs Dassault Rafale erfolgreich sein wird.« – Mit »man« dürfte das angloamerikanische De-facto-Oberkommando über den Stellvertreterkrieg in Osteuropa gemeint sein. Gerhartz weiter: »Wir haben ein Supertool [dt. etwa: »Spitzenwerkzeug«; red.], und wenn wir die genauen Koordinaten [der russischen Abfangwaffen; red.]; haben, werden wir es erfolgreich anwenden.« Dem Luftwaffengeneral fällt auf, dass es weitere Probleme geben könnte, »wenn es einen Falscheininsatz gibt und das Ding auf einen Kindergarten fällt und es auch zivile Opfer gibt.«

Gerhartz scheint auch zu bemerken, dass sie ein Kriegsverbrechen planen: »Wir wissen doch alle, dass sie [die militärischen und politischen Führer Kiews und des »Westens«; red.] die Brücke rausnehmen

wollen. Das ist klar, wir wissen auch, was es letztlich bedeutet. Dann ist die Versorgung gefährdet, die gute Insel da, ja das Herzstück, nicht nur militärisch ist sie wichtig, auch politisch. Jetzt nicht mehr ganz so fatal, wo sie ja quasi ihre Landbrücke mehr oder weniger dahin haben. Und da hat man dann eben Angst, wenn der direkte Link unserer Streitkräfte in die Ukraine geht. Und da wär dann halt immer die Frage, kann man den Krieg pullen, dass man unsere Leute abstellt zur MBDA. Dass nur 'ne direct line zwischen der MBDA und der Ukraine ist. Dann ist es weniger schlimm wie wenn die direct line unserer Luftwaffe zu finden ist.« Gerhartz stellt klar: »Das wird nicht den Krieg ändern«, die Aktion wäre symbolischer, terroristsicher Natur.

»Wir wissen ja auch, dass da viele Leute mit amerikanischem Akzent in Zivillklamotten herumlaufen«, macht Gerhartz die Beteiligung des US-amerikanischen Militärs in der Ukraine deutlich. Und auch die englische Armee ist im Einsatz, Gerhartz: »Wir müssen uns immer vergegenwärtigen: Die haben Flugzeuge von denen sie den Storm Shadow [englische Rakete; red.] einsetzen. Die Briten waren da und haben die Flugzeuge verkabelt. Also sind sie nicht so weit davon entfernt, dass sie auch den Taurus verwenden können.«

Fenske macht klar, dass die Planungen detailliert und weit gediehen sind: »Ich muss, damit ich mich entsprechend geschickt durchsetzen kann, mich gegen die Luftverteidigung durchsetzen. Das können wir sehr gut, gehe ich mal davon aus, weil wir natürlich im Tiefflug arbeiten können und dafür von der IABG unsere NDK-Daten haben. Wir müssen die denen definitiv zur Verfügung stellen, damit ich eben eine 21 unterfliegen kann. Damit ich ein Optimum an Planung herausholen kann und nicht wie bei Storm Shadow über Waypoints planen muss.«

DEUTSCHER VOLKSENTSCHEID FÜR DEN FRIEDEN?

Die Online-Konferenz der vier Generäle war mit dem Programm Webex abgehalten worden. »Kein »Hack«, sondern eine unsichere Leitung: Die Abhöraktion der Russen ist laut Minister Pistorius »ärgerlich«, spielte das Propagandaformat heute.de einen der größten Militärskandale der bundesrepublikanischen Geschichte seit der umstrittenen Wiederbewaffnung 1955 herunter. Damit wird nebenbei deutlich, dass die Bundesregierung nicht mehr der Ansicht ist, den Bruch des Brief- und Fernmeldegeheimnisses als »Hack« zu bezeichnen – denn die Leitung sei ja »unsicher« gewesen. Das lässt auf Selbstwahrnehmung und Gebaren des Staatsapparates, für den wir alle bezahlen müssen, im In- und Ausland schließen.

»Entscheidet sich die Mehrheit des deutschen Volkes für ein »Weiter so!«, wird Deutschland zerbrechen und das russische Volk wird dem deutschen Volk nicht ein weiteres Mal vergeben«, so der Anwalt, Autor und Verfassungs- und Volkentscheid-Aktivist Friedemann Willemer zu dem Skandal (Apolut.net, 10. März).



Die Krim-Brücke, auch Kertsch-Brücke genannt, ist die im Mai 2018 voll eröffnete Straßen- und Eisenbahnverbindung von der Halbinsel Krim über die Straße von Kertsch im Schwarzen Meer zur Halbinsel Taman in der russischen Region Krasnodar. Die Straßenverbindung wurde im Mai 2018 offiziell eröffnet, die Freigabe für den Bahnverkehr erfolgte im Dezember 2019. Mit 19 Kilometern Länge ist die Krim-Brücke die längste Brücke Europas. Im Oktober 2022 war sie zwischenzeitlich aufgrund eines Anschlages schwer beschädigt. (Iro mit Material von Wikimedia) Foto: Konstantin Michaltschewski

STRAFANZEIGEN WEGEN ANGRIFFSKRIEGS- VORBEREITUNGEN

- Die über Deutschland hinaus bekannten und beliebten »linken« Friedesaktivisten Helene Klein und Dr. Ansgar Klein kommen mit der Initiative zur Anzeige gegen den umstrittenen Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) und den amtierenden Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), siehe im Internet <https://www.blautopf.net/index.php/politik/politik-corona/item/768-strafanzeige-gegen-scholz-und-pistorius-wegen-des-verdachts-auf-verstoss-gegen-verbrechen-der-aggression>

- Das erfolgreiche »rechte« Magazin Compact mit Chefredakteur Jürgen Elsässer hat eine Petition zur Anklage gegen Pistorius wegen der Vorbereitung eines Angriffskrieges veröffentlicht, siehe im Internet: <https://frieden.com-pact-online.de>

- DW hält die Leser weiter auf dem Laufenden. Möglich ist der Abdruck einer Petition oder eines Serienbriefes zum Ausschneiden für jene, die das Internet überhaupt nicht (mehr) nutzen wollen in kommenden Ausgaben. (jro)

MELDUNG

DEUTSCHE LUFTWAFFE ÜBER GAZA

Tel Aviv/DW. Laut dem Bundesverteidigungsministerium vom Mittwoch soll die deutsche Luftwaffe demnächst über Gaza Hilfsgüter abwerfen. Die Hilfsmission übernimmt nach Militärangaben die französisch-deutsche Lufttransportstaffel im aus Evreux übernehmen. Der Einsatz der »Rosinenbomber« soll zum heutigen Samstag beginnen. Der Einsatz deutscher Militärflugzeuge über Palästina ist umstritten. Zuletzt war die BRD wegen der Unterstützung des Völkermords an den Palästinensern international angeklagt worden. (bat)

Vier Jahre neue de Friedens- und Demokratie

Am 28. März jährt sich die Entstehung der parteiunabhängigen Friedensbewegung. Ein Friedensmarsch durch Berlin wird am vierten Samstag ein starkes Zeichen setzen. | Von Anselm Lenz

Sie ist einer der »rosanen Elefanten«, die im Raum der Öffentlichkeit stehen, und an denen seit vier Jahren nur unter Aufbietung sämtlicher psychosozialer Propagandatricks vorbeizukommen ist. Zu sehen waren von ihr in den »Mainstream«-Medien, wenn überhaupt, nur Bilder von Rücken der schwarzbejackten und kampfbekleideten Polizeitruppen. Dahinter namen- und gesichtslose Massen, vielleicht ein paar Hundert, allenfalls ein paar Tausend bei einzelnen »Events«. Nach Darstellung der Regierungs- und Konzernpropaganda handele es sich um einen »Wanderzirkus« (1).

Die Darstellung der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung als lachhaftes bis gefährliches Außenseiterphänomen, als problembehafteter »Szene«, ist falsch. Die eingesetzte Feme-Propaganda ist aus anderen totalitären Regimes bekannt. Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung ist nach Ansicht aller, die sie seriös dokumentieren und vergleichen, die zahlenmäßig größte, langanhaltendste, »tätlichste« und am weitesten in allen Regionen, in West und Ost, vertretene Erhebung der deutschen Geschichte überhaupt. Zumindest aber die größte parteiunabhängige Bewegung seit den 1920er Jahren.

BÜRGERRECHTE, BODENREFORM, SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Das dokumentieren allein über 150 Demonstrationskalender mit je mehreren Dutzenden bis phasenweise über 1.000 zeitgleichen Demoterminen der Ursprungsseite *NichtOhneUns.de*. Die Bewegung ist unparteiisch, nicht auf eine einzige politische Farbe festzulegen, nicht per se »rechts« oder »links«, schlichtweg nicht in das Pfründe- und Beute-Schema unserer irre teuren Funktionärsmessen – genannt: Repräsentation – zu pressen. »Querdenken« mit den Hunderttausenden bis Millionen Teilnehmer starken Augustdemonstrationen in Berlin 2020 und 2021 um den Bürgerrechtler Michael Ballweg waren und sind ein Teil davon, man kann auch sagen: Nur ein ganz kleiner Teil. Denn das eigentliche, das Ausgangsphänomen sind die täglichen, dezentralen, eigenverantwortlichen und -motivierten Demos überall im Lande seit 28. März 2020. Ich gebe gerne zu, dass ich eine konstruktiv-anarchistische, eine demokratische Freude daran habe: »Diese Leute« sind in Ordnung!«, rufe ich aus, ich will fast sagen und schreiben: »Die sind okay, wir sind's, mit uns kann man in guter Nachbarschaft und in Frieden leben!«



Aufnahmen aus dem heimischen Wald in freier Wildbahn: Rotwild, abgelichtet von einer selbstauslösenden Kamera in Deutschland.
Foto: WildkameraHD

Es sind wir, die Deutschen, die sich aus dem Volk heraus selbstbestimmt eine neue, demokratische Verfassung in den Grenzen vom 1990 geben werden. Damit beenden wir die Nachkriegsepoche nach drei Generationen im verdienten Büberhemd, anstatt uns schon wieder von oben herab »machen« und in Kriege treiben zu lassen. Wir werden wieder souverän im eigenen Land als die vielgestaltige Nation mit unterschiedlichen Stämmen, Regionalkulturen, Einflüssen aus allen Himmelsrichtungen und sogar aus aller Welt, die wir seit über 2.000 Jahren sind.

Nur so können Bürgerrechte geschützt und der fanatisch freidrehende Kapitalismus gebändigt werden; so wird etwa die notwendige Bodenreform zu Gunsten der lokalen, regionalen und nationalen Klein- und Mittelbauern sowie zu Gunsten hiesiger Familien mit Kindern auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung überhaupt erst lösbar. Die größte Propaganda-PsyOp der Menschheitsgeschichte unter dem königlichen Namen »Corona« hat auch die Bauern- und Friedensflagge mit dem Regenbogen für sich als *Franchise-Brand* gekapert. Die hängt heute »vorm Rewe« wie vor Nato-Kasernen und steht für allseits dick aufgetragene Sex-Themen. Die Regenbogenfahne geht aber auf die deutschen Bauernaufstände zurück, die sich damals wie heute gegen ihre Unterdrückung zur Wehr setzen (2).

Im März 2020 hatte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) per Fernsehansprache den Ausnahmezustand ausgerufen. »Die Bilder, die wir gesehen haben« sollten dazu reichen, mit Verfassungstexten und fast allen weiteren zivilisatorischen Grundsätzen zu brechen. Zehn Gebote, Grundgesetz, Menschenrecht und Nürnberger Kodex sollten nichts mehr gelten. Das finstere *Interregnum* begann mit dem Ziel, einen großen Umbruch, die »Zeitenwende« einzuleiten. In der Diskussion ist, ob der gesichert strukturell faschistische Vorgang – die Verschmelzung von Kapital und Politik zu einer Zentralsteuerung – immerhin noch menschenfreundliche Ziele verfolge, wie sie oberflächlich in der Reset-Agenda postuliert werden. Oder ob der Zweck in Unterwerfung und vorausseilender Aufstandsbekämpfung sowie dem absolut wahnhaften Horror-Ziel der »Bevölkerungsreduktion« besteht, wie ihn die US-Vize-Präsidenten Kamala Harris explizit nannte (3).

Wer die Corona-Lüge, die größte Propagandanummer der Menschheitsgeschichte, wie heute jeder weiß, in Frage stellte, der wurde recht direkt mit dem Tod bedroht. Wer die Lüge, Kinderquälerei, Isolation und Unterdrückung akzeptierte, auch. Denn die Bedrohung sei unsichtbar und praktisch überall, die Rettung bringe eine genverändernde Injektion, die allein laut der europäischen Arzneimittelbehörde EMA

vom 26. Februar 2024 zu über 30.000 direkten Todesopfern und über 660.000 schweren Nebenwirkungen führte, darunter über 16.000 bei Kindern. Ich habe auf *Rubikon/Manova*, *Apolut*, in 166 Ausgaben der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* (DW) und mit einem Buchprogramm zusammen mit weiteren, sehr geschätzten Autorinnen und Autoren eine komplette Beweisführung geliefert, die Woche für Woche, Jahr für Jahr, erweitert wird (4). Eine um mehrere Vielfache höhere Dunkelziffer im Verhältnis zu den EMA-Daten muss angesichts des Regierungs- und Konzerngebarens leider dringend vermutet werden. Mit einem Wort: Wir Oppositionelle hatten – leider – auf ganzer Linie Recht.

Den Bewussteren und Kritischeren wurde bereits binnen weniger Tage im März 2020 klar: Das Ganze kann so nicht stimmen. Das Online-Magazin *Rubikon*, später beerbt durch *Manova*, wurde in der Zeit zu einer Weltadresse der Aufklärung. Die Anwältin für Medizinrecht Beate Bahner wehrte sich heldinnenhaft und öffentlich gegen den Lügenputsch. Der Mediziner und Seuchenexperte Dr. Wolfgang Wodarg wurde zensiert.

Und in Berlin erhob die neue Friedens- und Demokratiebewegung in Form von *NichtOhneUns.de* erstmals das Haupt. Von Beginn an war die neue Bewegung dezentral, eigenverantwortlich und bundesweit, am ersten Samstag, den 28. März 2020 gab es einige Demos im Land, jeden Samstag folgten Dutzende, dann Hunderte neue Demonstrationssorte, die als »Mahnwachen« und »Spaziergänge« kaschiert und teils gegen das widerrechtliche Demonstrationsverbot und instrumentalisierte und aufgehetzte Inlandstruppen durchgesetzt werden mussten.

Am 19. März 2020 hatte ich eine erste Analyse im *Rubikon* unter dem Titel »Das Notstands-Regime« veröffentlicht (5).

Ich hatte mich durchaus frisch und heiter ans Werk gemacht. Schließlich hieß es, es seien ja »nur drei Wochen«. Ich war davon ausgegangen, dass die »Linken«, denen ich mich sehr stark verbunden fühlte und die sich doch Analyse und Kritik seit je auf die Fahnen schrieben, aufzuwecken seien, den Schmu schnell durchschauen würden und wir gemeinsam gegen das finstere *Interregnum* auf die Straße gingen – durchaus auch für Demokratie, für soziale, für natur- und ressourcenschonende Reformen. Aber eben handhabbar, demokratisch und vor allem: wahrhaftig, sinnvoll, menschenfreundlich – nicht spaltend, neue und alte Feindbilder bedienend.

Deutsche Tiefbewegung

ingigen Erhebung.
amstag im März
enz

Denn unter der Oberfläche der Corona-Lüge geht es allenfalls in zynischer Art und Weise um Naturschutz und soziale Gerechtigkeit. Sogleich war klar: Der Putsch kommt von oben, aus jenen »Regionen«, die in »linkem« Jargon »Bourgeoisie« und »Kapital« genannt werden, aus Geheimdienstzirkeln und Konzernoligarchenkreisen. Wenig später wurde klar: Die USA sind *de facto* pleite, der Dollar hat sein Verfallsdatum überschritten. Die weltgrößte Weltwirtschaftskrise – seit Ende der Nullerjahre für jedermann offensichtlich und auch im Alltag durch Niedergangerscheinungen aller Art erfahrbar – kommt zusammenbruchsartig zu ihrem Höhepunkt.

Oder vielmehr: Zu einem vorweggenommenen Höhepunkt, denn die Corona-Lüge und das damit verbundene Maßnahmenregime waren und sind – aus Sicht der polit-medialen Kaste – die nötige vorausseilende Aufstandsbekämpfung und Faschisierung. Noch immer warte ich auf eine Entschuldigung, ausgiebige Rehabilitierung und mehrfache Auszeichnung sowie die Einladung zur Pressekonferenz, in der unsere Herrscher vor den Vorhang treten und – »unverzüglich, sofort« – zugeben: »Wir haben's vergeigt, wir geben alles zu, aber wir hatten es gut gemeint. Auch wir sind getäuscht worden. Nun lasst uns zusehen, dass wir das Beste daraus machen.«

FREUNDSCHAFT,
FRIEDEN, FAIRNESS

Doch anders als etwa beim Fall der Berliner Mauer und der Sowjetunion gibt es keine einigermaßen rational agierenden politischen Verantwortungsträger, die sich immerhin auf ein paar theoretische und praktische Kriterien stützen konnten – und am Ende mussten – und somit zum Schluss gelangten: »Wir müssen friedlich aufgeben, sonst fallen wir selber einer Revolution zum Opfer.« Sie gaben auf. Bekanntermaßen sanken die kommunistischen Parteigranden in die Arme der Führer des Westens, im treuseligen Glauben, eine sozialdemokratische Zukunft internationaler Freundschaft, des Friedens und der Fairness sei damit einzuläuten.

Die Hoffnung mag ein paar Jahre gelebt haben. Für manche lebt sie bis heute weiter. Man will auch nach George Bush Junior, Rumsfeld, Obama und all den Angriffskriegen des Westens nach Ende des »Kalten Krieges« noch an den »großen Bruder« aus den fernen Staaten glauben. 1999 bombardierte der »Westen« Belgrad. Seither wird die *False-Flag*- und Kriegsschraube immer weitergedreht. Seither scheint auch die

Kulturproduktion in einen rasenden Stillstand zu verfallen, es scheint nichts Neues mehr zu geben, davon aber immer mehr und immer schneller.

Wo vormals etwa Mode, kunstvolle Musikvideos und Popsongs klar den Jahrzehnten und Regionen zuzuordnen waren (»das waren die Sixties in Düsseldorf!«), so ist heute rasend unklar: »Ist das das Revival des Revivals von 2019 oder 1999?« Die absurdeste Form der Verlängerung des Immergleichen, das sich seit den 1970er Jahren kaum noch weiterentwickelt, ist das *Binge-Watching* niemals endender Spielfilme, die auf endlose Videoportal-Staffeln gestreckt werden. Wer wirklich etwas Zündendes produziert, wie etwa die Berliner Volksbühne bis 2017, ist dem zäh niedergehenden Establishment und ihrer »smarten« *Jeunesse Dorée* ein Dorn im Auge.

Ebenfalls seit der Jahrtausendwende lösen sich die Protestwellen im Westen ab von *Occupy Wallstreet* in den USA über *Nuit Debout* in Frankreich und den britischen Widerstand gegen den Aggressionskrieg gegen die Republik Irak, den deutschen Widerstand gegen TTIP und CETA, Gelbwesten bis zur neuen Demokratiebewegung und der fast weltweiten Friedensbewegung gegen den fortgesetzten Nato-Expansionismus und Weltkriegstreiberi. Eine Bewegung nach der anderen lassen die Konzernregierungen und ihre *Mainstream*-Medien verfemen und niederschlagen, zuletzt die Bauern. Sie erfinden immer wieder neue Bedrohungen in fernen Ländern, gegen die zu rüsten sei. Der Feind steht ihnen im Inneren und Außen, ja geradezu überall.

»ALLE NAZIS
AUSSER MUTTI«

Die Mittel der Propaganda sind im Grunde plump, George Orwell lässt in der Tat grüßen: »Krieg ist Frieden«, »Links« ist »Rechts«, »Oben« ist »Unten« und so weiter und so fort, und überall scheint ein Nazi zu lauern, das Glaubensbekenntnis hat auf Washington, London, Brüssel aufgesagt zu werden. Zuletzt stellte sogar Papst Franziskus, Stellvertreter Gottes der Katholiken, in Richtung der Kiewer Maidan-Regierung sowie Washingtons und Londons, den Hauptinteressenten am Stellvertreterkrieg in Osteuropa seit 2014, klar: »Ich denke, dass der Stärkste derjenige ist, der die Situation betrachtet, an die Menschen denkt und den Mut der weißen Fahne hat und verhandelt.« Der Heilige Stuhl bietet seine Friedensvermittlung an: »Ich bin hier!« (6) Die Pharma- und Rüstungslobbyistin der FDP, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, entdeckt dagegen auf einmal ihre Konfession

wieder: »Ich schäme mich als Katholikin«, so die Kriegstreiberin zum Friedenspapst, und im Übrigen sei die AfD »der verlängerte Arm Wladimir Putins«. (7, 8) Will da jemand unbedingt den ganz großen Krieg?

Für die Washington, London und auch – so tragisch das ist – für Palästina-Israel sind wir nicht zuständig, wir können kaum etwas verbessern und sollten das meines Erachtens auch nicht wirklich wollen. Wie wäre es mal damit, das als Tugend anzunehmen, und auf den Boden der Tatsachen zurückzukommen? Hierhin, nachhause, in unser aller Land, das uns gehört, in dem wir der maßgebliche Faktor sind, nach Deutschland, das Land der Deutschen in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit? Meines begründeten Erachtens ist der Vorgang der friedlichen deutschen Emanzipation im historischen Sinne eher politisch »links« als »rechts«, knüpft er doch etwa an die Arminius-Befreiung von den römischen Imperatoren aus dem Jahre 9 nach Christi Geburt an, an die Französische Revolution von 1789, sowie an den langen Kampf für Demokratie in deutschen Landen im Sinne von 1848, 1918 und 1989 mit Volksentscheiden in allen grundlegenden Angelegenheiten zu vollenden.

30. MÄRZ 2024,
15:30, »RLP«, BERLIN

Am Ende ist es gleichgültig, wie zum Sinn des Völkerrechts, zum Menschenrecht und zu Artikel 146 des Grundgesetzes gelangt wird. Den Deutschen der Gegenwart – das sind wir – steht Deutschland nicht fanatisch »über alles in der Welt«, aber wir verabschieden nach acht Jahrzehnten die ausländischen Truppen und Militärstandorte aus unserem Land, die Russen sind immerhin 1994 schon abgezogen. Wir wollen und werden uns im Moment des Umbruchs demokratisch neu verständigen und gemeinsam in die neue Epoche gehen, anstatt uns schon wieder in Kriege und Zerstörung treiben zu lassen.

Der Friedensmarsch durch Berlin für vier Jahre neue Friedens- und Demokratiebewegung beginnt am Samstag, 30. März 2024 um 15:30 Uhr vor der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz und endet mit einer Kranzniederlegung für die Opfer des Regimes auf dem Platz der Republik vor dem Bundestag (9).

(1) »Der demonstrierende Wanderzirkus«, so der berühmte RBB-Propagandist Olaf Sundermayer im DLF: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/querdenker-demo-in-kassel-eskaliert-der-demonstrierende-100.html>. (2) Siehe dazu etwa das Bauernkriegspanorama des Künstlers Werner Tübke im thüringischen Bad Frankenhausen. (3) »Kamala Harris says US must reduce population to fight climate change in latest gaffe«: <https://nypost.com/2023/07/15/kamala-harris-says-us-must-reduce-population-to-fight-climate-change-in-latest-gaffe/> (4) <https://demokratischerwiderstand.de/>; <https://apolut.net/?s=Anselm+Lenz>; <https://sodenkamplenz.de> (5) <https://www.manova.news/artikel/das-notstands-regime> (Erst-VÖ am 19. März 2020; nach nachträglichen Korrekturen und Erweiterungen auf 21. März 2020 redigiert) (6) Papst-Zitation folgt <https://orf.at/stories/335112/> (7) »Ich schäme mich als Katholikin, so zitiert unter anderem das Portal [katholisch.de](https://www.katholisch.de) Strack-Zimmermann im März 2024. (8) »Sie sind der verlängerte Arm Wladimir Putins«, so zitiert unter anderem das Portal [börse-frankfurt.de](https://www.börse-frankfurt.de) die Rheinmetall-Vertreterin. (9) <https://www.nichtohneuns.de>



Das Letzte – von Anselm Lenz

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE KINDER!

Politiker und Oligarchen: Sie wollen Großreiche gründen – Empires, Enterprises, riesige Apparate –, die ihre Macht nach innen und nach außen verabsolutieren. Auch Apparate entwickeln ein Eigenleben, streben nach Wachstum und Ausgreifen des eigenen Ebenbildes auf unerschlossene Arealen, auf vermeintlich unterlegene Formen. Es zeigt sich aber in der gesamten Geschichte, dass kleinere »Gefäße« lebens- und lebenswerter sind als platte Großreiche und eine famose Widerstandskraft haben – gerade weil sie vermeintlich irrationale Nischen bieten, in denen der Mensch sich fest einwachsen und aufblühen kann.

»Kleinstaaterei«, prangerte der frühere Jugendtheaterdramaturg Robert Habelk an, sei sein Schreckbild. Er will gleichschaffen, durchnormieren und »Europa« absolut setzen, so als bräuchte ein ganzer Kontinent ausgerechnet seinesgleichen und ihren schweineurenen Apparat. Der USA-Ableger in der ehemaligen belgischen Hauptstadt, nicht zufällig auch Nato-Hauptquartier, greift mit seinem Militär- und Verwaltungskult immer weiter aus. Wir müssen dafür »blechen« mit Steuern, mit unserer Arbeit, mit unserer Lebenskraft, mit unserem Sein, das von diesem tristen Moloch beschnitten wird.

WIR WURDEN GENUG
NIEDERGEDRÜCKT!

In letzter Konsequenz schlägt uns das niveaulose Politpack nieder, verleumdet und verfemt uns, will ran an unsere Kinder, unsere Kultur, unsere Schriften, unser Schaffen, unsere Gedanken, unser Werden, all unsere Pflänzchen niedermähen – und schließlich unser Sein vernichten. Man muss nicht Bibliotheken anarchistischer (auch: vitalistischer) Literatur studiert und geschaffen haben, um sich gegen solcherlei Verödung zu wehren. Wir wissen: »Nichts ist für immer!« Noch ist jedes irdische Großreich gefallen. Auch die angloamerikanische Epoche wird einmal an ein finales Ende gelangen.

Frankreich, England, Spanien verblühten als Kolonialmächte; das Deutsche Reich wurde besiegt und vernichtet. Die Sowjetunion konnte die eigenen Ansprüche in der Praxis nicht erfüllen und gab freiwillig auf. Wann ist bitte endlich Schluss mit den USA? Schnauze voll!

Deutschland ist seit 1945 kein wucherndes Schreckbild mehr, das weithin ausgreift, um sich »über alles« zu stellen. Der Ungeist der stattgefundenen Verbrechen von 1933 bis 1945, den die Gratzmutigen – also die Feiglinge der Gegenwart – so superflüchtig bekämpfen, ist heute leider auffindbar in den US-Apparaten mit ihren endlosen Aggressionskriegen nach innen (!) und außen. Die Welt als ein Garten begriffen, der unterschiedlichste Pflanzen zur Blüte bringt, ist am ehesten im Bild von der »Multipolarität« aufgehoben. Das steht nicht im Gegensatz zu ökonomischen Grundrechten (vgl. »Das Kapitalismustribunal«).

Komm, wir bauen das neue, das lebenswerte Deutschland!
Herzlichachtungsvoll demokratisch grüßt,

Anselm Lenz, Journalist, Verleger
Gründer der neuen Friedens- und
Demokratiebewegung seit 28. März 2020



Samstag, 30. März 2024, 15:30
Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz in
Berlin – für die ganze Familie
und für Frieden und Freiheit:
Der Marsch durch Berlin von der
Volksbühne bis zum Bundestag
mit Kranzniederlegung für die
Opfer des Regimes.
Bild: DW/Feuerstacke

DEUTSCHLAND VOR DEM DROHENDEN KRIEG – EIN TRAUERSPIEL

Über die Wirkung der Propaganda | Von Wolfgang Bittner

Seit einigen Monaten muss ich mich vorsehen, nicht depressiv zu werden. Wenn ich in die Zeitungen schaue, Rundfunk höre oder den Fernseher anstelle, überkommt mich ein Gefühl des Ausgeliefertseins an dunkle Mächte, die ich mittlerweile benennen kann.

Aber darüber vermag ich nur noch mit wenigen Menschen meiner Umgebung zu sprechen, einige meiden mich, halten mich wahrscheinlich für einen Querdenker oder Verschwörungstheoretiker. Kürzlich hat mir mein Freund G. mit dem ich gelegentlich noch korrespondiere, geschrieben, er habe mein Buch »Ausnahmestandard« gelesen und den Eindruck gewonnen, ich sei in eine »Filterblase« geraten. Er stammt aus einer wohlhabenden Familie, sein Vater war Oberstudienrat, seine Mutter Ärztin, und er war bereits in jungen Jahren Professor für Mathematik an einer süddeutschen Universität, auch Gastdozent in Japan, Südkorea und den USA. Dass ich die Meinung vertritt, nicht Russland, sondern die USA und ihre Verbündeten seien schuld an den meisten Konflikten in der Welt, insbesondere an dem Krieg in der Ukraine und dem wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands und Westeuropas, vermag er nicht zu verstehen.

G. möchte mir den freundschaftlichen Rat geben, meine politischen Ansichten zu überdenken, mich doch bitte aus den öffentlich-rechtlichen Medien und »seriösen« Zeitungen wie *Frankfurter Allgemeine*, *Welt* oder *Süddeutsche* zu informieren und nicht aus so genannten alternativen Medien. Wenn ich das »Böse« eher bei den USA sehe als bei Putin, könne er von sich nur sagen, dass er lieber »unter der Bosheit der Amerikaner« leben möchte als der der Russen. Und wenn der Nato-Schutzschirm, unter dem sich die Europäer trefflich eingerichtet hätten, löchrig werden sollte, sehe es für Westeuropa gegenüber einem mit Atomwaffen gespickten Land wie Russland nicht rosiger aus. Traurig sei, dass man so viel Geld für die »abwehrende Rüstung« ausgeben müsse, aber gut sei, dass Putin immer älter



Schriftsteller und PEN-Mitglied Wolfgang Bittner kämpft seit Jahren für Abrüstung. Foto: wolfgangbittner.de

werde und somit das Ende seiner Tyrannei irgendwann in nächster Zeit zum Wohle der Menschheit bevorstehe.

Wie auch andere Bekannte und Freunde, ist G. der unbeirrbar Überzeugung, dass er bestens Bescheid weiß und Recht hat. Wir sind uns nur darin einig, dass Kriege schrecklich sind und vermieden werden müssen. Aber bei diesem Punkt beginnt schon wieder der Dissens, denn G. hält »humanitäre Interventionen«, wie sie die USA immer wieder durchführen, für legitim und sogar für nötig, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Die von G. vertretenen Ansichten kann ich als exemplarisch bezeichnen. Die deutsche Gesellschaft ist durch und durch verhetzt, und sie ist gespalten in diejenigen, die sich den Blick für die Tatsachen erhalten haben, und in die anderen, die weitaus größere Mehrheit, die der jahrelangen Beeinflussung erlegen sind.

HATZ AUF »WEHRKRAFTZERSETZER«

Wenigstens konnte ich mit meinem Freund ein halbwegs zivilisiertes Gespräch führen, wenn auch nur dadurch, dass ich mich zurückhielt. Der Debattenraum ist immer enger geworden, und die Obrigkeit belässt es nicht mehr bei der bisherigen psychologischen Kriegsführung. Vielmehr nimmt der Druck auf Andersdenkende, ihre Bevormundung und Drangsalierung dramatisch zu. Wer nicht spurt und sich hervortut, muss mit Existenzvernichtung und Schlimmerem rechnen.

Gerade las ich, dass die Innenministerin ein »Demokratiefördergesetz« plant, wonach »Hass und Hetze im Internet« sowie Desinformation, Wissenschaftsleugnung und »Delegitimierung des Staates« stärker als bisher geahndet werden sollen. Der Presse gegenüber erklärte sie: »Eine wache Zivilgesellschaft ist die stärkste Brandmauer gegen Rechtsextremisten ... Für mich kommt es daher weiter darauf an, rechts-extreme Netzwerke zu zerschlagen, ihre Finanzquellen trocken zu legen, ihnen Waffen zu entziehen und Hetzer und Gewalttäter strafrechtlich hart zu verfolgen.«

Es sind zwielichtige »Demokratieprojekte« und weit auslegbare Begriffe, mit denen die Innenministerin die Demokratie fördern will. Sie könnten es staatlichen Stellen ermöglichen, künftig noch rigoros, gegen politische Gegner vorzugehen, zum Beispiel

Kontensperrungen oder Kündigungen beargwöhnter Mitbürger zu veranlassen (wie vereinzelt bereits geschehen) (zwölf Kontosperrungen in vier Jahren allein bei dieser Zeitung, Anm. d. Red.) – ein weiterer Meilenstein auf dem Weg in einen faschistoiden Obrigkeitsstaat, denn allein schon die Unbestimmtheit der Formulierungen öffnet Tür und Tor für Willkür. Aber es gibt kaum Widerspruch, weder bei Politikern noch bei Journalisten, denen es offenbar an grundlegendem demokratischem Bewusstsein mangelt.

Die schon lange nicht mehr unabhängigen Medien machen vielmehr mit und verbreiten permanent Schreckensmeldungen und angsterzeugende Zukunftsvisionen: Akute von Russland und China ausgehende Kriegsgefahr, atomare Bedrohung, Klimakatastrophe, Corona, Viren, Terroristen, Inflation und so weiter. So lässt sich eine irreführende und latent verängstigte Gesellschaft im Zaum halten. Da ist es kein Wunder, wenn hunderttausende aufgehetzter Bürger auf die Straße gehen, und sich für die Verteidiger von Demokratie halten.

DUMMHET MIT MACHT

Wir leben wieder einmal in einer Übergangszeit. Diesmal wird Deutschland systematisch ruiniert, wirtschaftlich, kulturell, sprachlich ..., und zwar mithilfe einer US-affinen Regierung, die von der Politikerin Sahra Wagenknecht als die dümmste Europas bezeichnet wurde. Uns, den Bürgern, rückt dieser Staat immer näher, und er tritt uns ständig zu nahe. Und wenn wir Pech haben, gehen wir in einem provozierten großen Krieg mit allem, was uns nach zwei Weltkriegen noch geblieben ist, unter.

Immerhin hat Bundeskanzler Olaf Scholz hochgefährliche Überlegungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Entsendung westlicher Truppen in die Ukraine mit deutlichen Worten zurückgewiesen. Auch für die Zukunft gelte, »dass es keine Bodentruppen, keine Soldaten auf ukrainischem Boden gibt, die von europäischen Staaten oder Nato-Staaten dorthin geschickt werden.« Und auch der ansonsten weniger zurückhaltende Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat den Einsatz deutscher Truppen in der Ukraine Ende Februar ausgeschlossen: »Boots on the ground (zu dt., Soldatenstiefel auf ukrainischem Boden, Anm. d. Red.) ist keine Option für die Bundesrepublik Deutschland«. Ein bescheidenes Signal der Vernunft in einem Stadium, in dem ein Dritter Weltkrieg nicht mehr ausgeschlossen werden kann.

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Internetplattform globalbridge.ch, wo er in Gänze kostenlos lesbar ist. Für diese Zeitung wurde der Text behutsam gekürzt. Wir danken dem Autor für die Möglichkeit des Abdrucks.

Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen und arbeitet als Schriftsteller und Publizist. Von ihm erschienen 2014 »Die Eroberung Europas durch die USA«, 2019 »Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen« sowie »Der neue West-Ost-Konflikt« und 2021 »Deutschland – verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen«.

Hin Da!

KULTURKALENDER

17.03.2024 • Heidelberg; Praxis für Yoga und Physiotherapie, Landhausstr. 17, 69115 Heidelberg • KONZERT • »Wahn und Sinn« von Jens Fischer Rodrian • 17:00 Uhr • Eintritt frei, Anmeldung unter info@ida-hd.de

22.03.2024 • Freiburg; Freie Waldorfschule Rieselfeld, Ingeborg-Drewitz-Allee 1, 79111 Freiburg • VORTRAG/ MUSIK • »Funk und seine Wirkungen auf das Leben« mit Jörn Gutbier • 19:30 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

22.03.2024 • Gütersloh; CER, Berliner Str. 197, 33330 Gütersloh • KONZERT • »Rap mit Liebe« von Sentence4Leeder • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:15 Uhr • Tickets: kostenlos unter miteminander-owl.de, Spenden erwünscht

24.03.2024 • Badenweiler; Pfarrkirche St. Peter, Amtsgartenweg 1, 79410 Badenweiler • LIEDERABEND • »Leise flehen meine Lieder ...« Lieder von Franz Schubert und Klavierstücke mit Samuel Greiner und Rolf Schwoerer-Böhning • 17:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

04.04.2024 • Kiel; Einkaufszentrum Sophienhof, Sophienblatt 20, 24103 Kiel • MUSIK • »Street Worship« von Toby Meyer • 11:00 Uhr – 17:00 UHR • Eintritt frei

05.04.2024 • Hamburg; Einkaufszentrum Marktplatz Galerie, Bramfelder Ch 230, 22177 Hamburg • MUSIK • »Street Worship« von Toby Meyer • 10:00 Uhr – 18:00 UHR • Eintritt frei

13.04.2024 • Berlin; Charlottchen, Droysenstr. 1, 10629 Berlin • CHANSON • »SalonG ChanGsonG ohne G's« von Boris Steinberg mit Julia Schwebke, am Klavier Alexander Kling und Heiko Schendel • 20:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 20 €, ermäßigt 16 €, Infos unter: www.boris-steinberg.de

14.04.2024 • Falkensee; Stadthalle, Scharenbergstr. 15, 14612 Falkensee • SYMPOSIUM • »Wer regiert die Welt?« mit Dirk Pohlmann, Markus Fiedler und Dr. Ulrich Gausmann, Moderation: Marius Krüger • 12:00 Uhr – 19:00 Uhr, Einlass ab 11:00 Uhr • Tickets: ab 26€ unter emma-tickets.de

18.04.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • CHANSON • »SalonG ChanGsonG ohne G's« von Boris Steinberg mit Prof. Bärsten • 19:30 Uhr • Infos unter: www.boris-steinberg.de

21.04.2024 • Schönwalde-Glien; Gasthof Schwanenkrug, Berliner Allee 9, 14621 Schönwalde-Glien • VORTRAG • »Rußland und wie weiter?« von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz • 14:00 Uhr – 17:00 Uhr, Einlass ab 13:00 Uhr • Tickets: 22,50 € unter krasser.guru

28.04.2024 • Staufen; Stubenhaus, Hauptstr. 56c, 79219 Staufen • LIEDERABEND • »Leise flehen meine Lieder ...« Lieder von Franz Schubert und Klavierstücke mit Samuel Greiner und Rolf Schwoerer-Böhning • 17:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an veranstaltung@demokratischer-widerstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyeclmLurGH59q7DQJLCSdInYndGyEyWl

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:



DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 166. Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 165 vom 2. März 2024.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

DW-EMPFEHLUNGLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



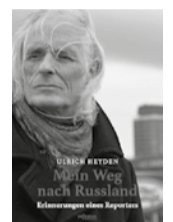
VINCEN
Der Fall Aurich
Christian Knoche

Ars-Vobiscum-Verlag
ISBN: 978-3-903479142



CANCEL CULTURE
Wie Propaganda und Zensur Demokratie und Gesellschaft zerstören
Michael Mayen

Verlag Hintergrund
ISBN: 978-3-910568-07-5



MEIN WEG NACH RUSSLAND
Erinnerungen eines Reporters
Ulrich Heyden

Promedia
ISBN: 978-3-85371-528-4



DEUTSCHLAND - VERRATEN UND VERKAUFT
Wolfgang Bittner
Zeitgeist-Verlag
ISBN: 978-3-94300-734-3



MINIMA MORTALIA
Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH;
ISBN: 978-3-982274508



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DAS CORONA-ABC
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jepsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



80 SEITEN
»CANCEL CULTURE«

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

»Eine Zensur findet nicht statt« steht nach wie vor in Grundgesetz-Artikel 5, obwohl es längst nicht mehr möglich ist, alles zu verbreiten oder wenigstens zu sehen, was für die Meinungs- und Willensbildung nötig wäre.

Wer diese Kolumne regelmäßig liest, der kennt die Puzzleteile, die ich jetzt zu einem Büchlein zusammengebaut habe. Ganz oben: ein Märchen, das von einem Journalismus kündigt, der objektiv ist, so etwas wie eine »vierte Gewalt« und in seinen öffentlich-rechtlichen Teilen sogar fest in unser aller Hand.

Das Internet hat diesen Schleier gelüftet. Das Internet musste diesen Schleier lüften, um uns in eine Welt zu locken, in der es keine Geheimnisse mehr gibt – jedenfalls nicht für die, die Herrschaft und Kontrolle wollen. Der Suchtfaktor ist so groß, dass die meisten den Überwachungs-kapitalismus ignorieren und den Datenpriestern auf den

Leim gehen. Immerhin: Wir bekommen etwas dafür. Eine zweite »Wahrheit«, eine dritte, eine vierte. Eine Sicht auf die Wirklichkeit, die abweicht vom Journalismus der Leitmedien.

In meinem Büchlein zeige ich, wie auf diese Bedrohung reagiert wurde. »Cancel Culture« steht auf dem Cover. Es geht um die Propagandaapparate, die die Regierung selbst betreibt oder mit Steuergeldern füttert. Es geht um Redaktionen, die zu Komplizen werden und dabei ihren öffentlichen Auftrag vergessen. Und es geht um eine Zensur, die nicht so heißen darf, weil sonst das Grundgesetz einstürzt wie ein Kartenhaus.

Cancel Culture ist kein Zufall, der aus den Tiefen des Netzes kommt und hier einen »Rechten« trifft und dort einen Forscher auf Abwegen. Cancel Culture ist ein Programm, das Deutungshoheit sichert und damit Macht. Sie geht von den Leitmedien aus sowie von Institutionen, die der Digitalkonzernstaat genau dafür geschaffen hat. Diese Form der Zensur zielt auf Personen sowie auf alles, was die herrschenden Narrative herausfordert und bedrohlich wirkt, weil es viele erreicht. Sachbücher, Lesungen, Konzerte, Demos. Sogar Zeitungen wie diese. Wer wissen möchte, wie das funktioniert und warum die Zensur heute einen englischen Namen hat: Mein Buch hat nur 80 Seiten und erscheint am Montag in der Kompaktreihe von Hintergrund.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



FALSCHES ZEUGNIS

KOLUMNE CHRISTEN

IM WIDERSTAND

Dr. Günther Riedl

»Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten!« – So lautet das achte Gebot. Ist es nicht übertrieben, ein »Schlechtere-verbote« einzureihen in wichtige Warnungen wie zum Beispiel »Du sollst nicht töten!« oder »Du sollst nicht stehlen!«?

Doch genau damit hat »falsch Zeugnis« zu tun. Es bedeutet, jemanden seinen guten Ruf zu stehlen und Rufmord zu begehen, was durch öffentliche Ächtung zum Verlust der Existenz führen kann bis hin zum Selbstmord aus Hoffnungslosigkeit.

Unreflektiert verbreiten Medien Falsches, um das Gesicht der Regierung zu wahren. Eine legitime private Versammlung wird (widerrechtlich ausspioniert) zu einem ausländerfeindlichen Geheimtreffen umgelogen und in die Nähe der Wannsee-Konferenz gerückt. Was Schlimmes nicht gesagt wurde, wird erfunden und brühwarm aus allen Kanälen gelesen. Wiederholungen in Dauerschleife unterbinden Zweifel an der Richtigkeit; Anstachelung oder finanzieller Anreiz treibt Menschen auf die Straße. Ziel erreicht: Verunglimpfung der wachsenden Opposition, Ablenkung von den Protesten

der Bauern und des Mittelstands, Unterstützung für die bedrängte Regierung. Weitergabe von Verdächtigungen ist ebenso Rufmord wie ihre Erfindung. Wegweisend sind die drei Siebe: Aufgeregt kam ein Mann zu Sokrates gerannt: »Ich muss dir etwas erzählen. Dein Freund ...« Der Weise unterbrach ihn: »Halt! Hast du das, was du mir sagen willst, durch die drei Siebe gegeben?« – »Drei Siebe?«, fragte der Mann verwundert.

»Richtig. Das erste Sieb ist die Wahrheit. Ist das wahr, was du mir erzählen willst?« – »Ich habe es selber erzählt bekommen und ...« – »So, so! Aber sicher hast du es im zweiten Sieb geprüft. Es ist das Sieb der Güte. Ist das, was du mir sagen willst, gut?« Zögernd sagte der andere: »Nein, im Gegenteil ...« – »Hm...«, unterbrach ihn Sokrates. »Lass uns noch das dritte Sieb anwenden. Ist es notwendig, dass du mir das erzählst?« – »Notwendig nun gerade nicht ...« – »Also mein Freund«, lächelte der Weise, »wenn das, was du mir sagen willst, weder wahr noch gut noch notwendig ist, so lass es sein und belaste dich und mich nicht damit.«

Gottes Gebote sind Leitplanken fürs Zusammenleben. Sie dienen aber nicht nur der Vermeidung von Bösem, sondern auch der Gestaltung von Gutem. Zum achten Gebot schreibt Luther: »Wir sollen unseren Nächsten entschuldigen, Gutes von ihm reden und alles zum Besten kehren.«

Dr. Günther Riedl, 30 Jahre Kinderarzt in Uelzen, seit 2020 Öffentlichkeitsarbeiter gegen den Strom, ist Autor der Broschüre »Überwindung der Covid-Folgen«, PDF und Bestellung: <https://christen-im-widerstand.de/a6-ratgeber/>



SPORT MIT BERTHOLD

SPORT IST DER FRIEDLICHSTE KRIEG

Es ist an der Zeit, dass die internationalen und nationalen Fussballverbände aufrufen, für Frieden zu stehen!

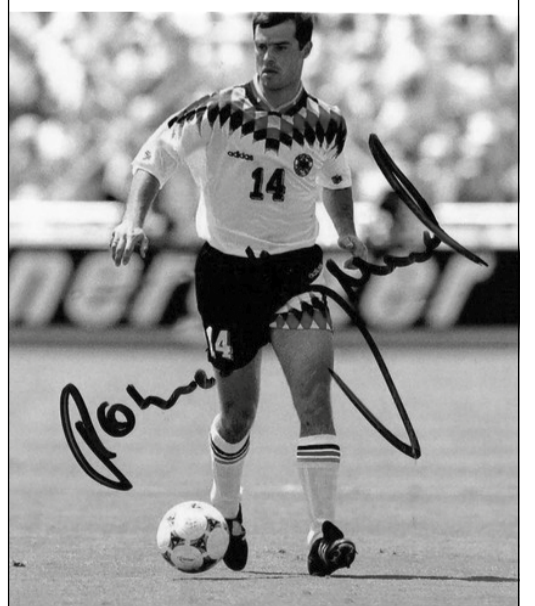
Militärische Uniformen haben auf junge Männer – und wohl auch auf viele Frauen – eine gewisse Ausstrahlung. Uniformen scheinen Rang und Ansehen zu geben. Zumindest gilt das bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Danach wird zunehmend der Sportdress attraktiv, mit dem zum fairen sportlichen Wettkampf für Vereine und Fans angetreten wird – nicht zum Kampf um Leben und Tod für Politiker.

»LEGENDÄRE« RÜCKENNUMMERN

Heute ist das Sportjersey der Fußballclubs, der Radrennfahrer, der Olympioniken und Nationalteams das »Traumkleidungsstück« vieler Jungs im Alter von 5 bis 25 Jahren. Die Farben vermitteln Zugehörigkeit, die Rückennummern Ordnung und Leistungsfähigkeit. Die jungen Leute finden es anscheinend cool, sich mit Sporttrikots auch im Alltag zu kleiden. Immerhin: Eine friedliche Angelegenheit!

Manche Trikots sind sehr schön mit der klaren Farb- und Formgebung. Manche gelten als etwas geschmacklos. Aber alle symbolisieren eines: Der sportliche Wettkampf ist viel besser als eine Gang oder das Militär! Mir persönlich haben immer die Trikots der Italiener gefallen, die sahen auch in ihren Anzügen immer stylish aus. Ich glaube, die werden von Armani ausgestattet.

Ich hatte in der Nationalmannschaft immer die Nummer 14, die Trikots liegen alle bei meiner Mutter. Sie hat mich als Junge immer zum Training gefahren, ohne sie wäre ich nicht soweit gekommen. Bei ihr sind sie gut aufgehoben. Auch die Nummer 4 in meiner Zeit beim VfBv ist für mich was Besonderes, da ich meine längste Zeit in Stuttgart verbracht habe (DFB-Pokalsieg 1997; red.). Ja, der Fussball soll die Menschen vereinen, nur das zählt!



Thomas Berthold im Dress der deutschen Nationalelf bei der WM 1994 in den USA. Foto: Autogrammkarte / sportheroes.net

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG

ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 167 erscheint am Samstag 23. März 2024!

SO GEHT ES: ↓

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME _____

TELEFON • E-MAIL _____

STRASSE, HAUSNUMMER _____

POSTLEITZAHL UND ORT _____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin